

1 HÖRT HÖRT
2 VÖLKER HÖRT DIE SIGNALE
3 VÖLKER VÖLKER HÖRT
4 HÖRT VÖLKER
5 2014 VÖLKER
6 ÜBK
7 ÜBK HÖRT ÜBK
8 SIGNALE SIGNALE
9 VÖLKER SIGNALE
10 VÖLKER VÖLKER
11 REGION HANNOVER SIGNALE
12 REGION HANNOVER
13 HÖRT SIGNALE
14 VÖLKER SIGNALE
15 REGION HANNOVER
16 REGION HANNOVER
17 HÖRT VÖLKER SIGNALE
18 HÖRT VÖLKER VÖLKER
19 SIGNALE SIGNALE
20 ÜBK 2014 ÜBK
21 VÖLKER
22
23
24

BESCHLUSSBUCH

Unterbezirkskonferenz der
Jusos Region Hannover 1.3.2013



1 Inhalt

2		
3	1
4	Inhalt	2
5	Arbeitsprogramm 2014 – Völker hört die Signale!	3
6	Anträge zur Juso Unterbezirkskonferenz 2014	18
7	Antragsbereich Bildung	18
8	B1 - Inklusion ernstnehmen - angepasste Dauer des Anerkennungsjahre für	
9	SozialarbeiterInnen	18
10	B2- Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden	
11	Religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen	19
12	Antragsbereich Europa und Internationales	20
13	E1 – Resolution - Weltoffenes Hannover – Weltoffene Jusos!	20
14	E2 - Europäische Jugendintegration muss bei uns beginnen - EFD in den Fraktionen Hannovers	
15	jetzt verwirklichen	22
16	E3 - Zufluchtsrecht für afghanische HelferInnen.....	23
17	Antragsbereich Feminismus	24
18	F1 - Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft	24
19	F2- Einheitliche und sichere Finanzierung von Frauenhäusern	24
20	F3 - Feminismus beleuchten – bessere Straßenbeleuchtung	25
21	Antragsbereich Gesundheit.....	26
22	G1 - Memento mori – Für ein Recht auf humanes Sterben	26
23	G2 - Kommunale Trägerschaft des Klinikum Region Hannover erhalten.....	27
24	G3 - „Kein Mensch ist illegal – Jeder Mensch hat das Recht auf medizinische Versorgung“.....	28
25	Antragsbereich Inneres	29
26	I1 – Resolution: Schöner leben ohne Nazi-Läden!	29
27	I2 - Dann lieber nackt! –Verbot von Kleidung der Marke „Thor Steinar“ in Stadien!.....	30
28	I3 - Resolution: Solidarisierung mit Hamburger BürgerInnen.... Fehler! Textmarke nicht definiert.	
29	I4 - Rassismus zerstört Vertrauen - Vier Schritte, die die Niedersächsische Polizei jetzt gehen	
30	muss	31
31	I5 - Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!.....	32
32	I6 - Gegen Radikalnationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wolfen.....	33
33	I7 - Alternative für Deutschland verbieten!	Fehler! Textmarke nicht definiert.
34	Antragsbereich Soziales, Arbeit, Wirtschaft.....	34

1	S1 - Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten.....	34
2	S2 - Ausbildungsvertretungen stärken	35
3	S3 - Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung.....	37
4	S4 - Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich jetzt!.....	39
5	S5 - Generalunternehmen sind auch für Missstände bei Subunternehmen verantwortlich!.....	39
6	S6 - Den Wert von Arbeit sichern – Begrenzung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	
7	40
8	S7- Autismusbegleithunde	41
9	S8 - Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen – VW Flugzeugflotte in Deutschland	
10	registrieren!.....	42
11	Antragsbereich Umwelt und VerbraucherInnenschutz.....	43
12	U1 - Lichtreduktion.....	43
13		
14		
15		
16		

17 **Arbeitsprogramm 2014 – Völker hört die Signale!**

18

19 Die Jusos Region Hannover sind ein organisatorisch, inhaltlich und personell stark aufgestellter
20 Unterbezirk. Es ist unser Anspruch viel zu leisten und für einen echten linken und progressiven
21 Politikwechsel zu kämpfen. Wir müssen den Menschen zeigen, dass nur der demokratische
22 Sozialismus Antworten auf die gegenwärtigen Probleme in Hannover, in der Bundesrepublik und in
23 Europa geben kann. Und in Zeiten, in der die Sozialdemokratie scheinbar am Boden liegt, müssen wir
24 uns erst recht für unsere Verbandswerte stark machen: Für den Sozialismus, Feminismus,
25 Antifaschismus und Internationalismus.

26 **Mitgliederbetreuung und -aktivierung, Politische Bildung**

1 Rote Veranstaltungen sind ein wichtiger Baustein unserer Mitgliederbetreuung. Sie sollen dazu
2 dienen neben Sitzungen und Ähnlichem, einen sozialen und kulturellen Ausgleich zu schaffen. Im
3 kommenden Jahr soll es mindestens einmal im Monat eine rote Veranstaltung geben. Neben den
4 bereits bestehenden Angeboten - Roter Montag (gemütliches Beisammensein) und Roter Freitag
5 (kultureller Abend mit Film, Ausstellungsbesuch o.ä.) - soll der Rote Salon die Veranstaltungsreihe
6 ergänzen. Der Rote Salon soll Veranstaltungen beinhalten, bei denen wir in lockerer Atmosphäre
7 mehr über Schriften der sozialistischen Politik erfahren und über diese diskutieren können (siehe
8 auch GSP). Neumitgliederabende sollen in regelmäßigen Abständen jeweils im Vorfeld von Roten
9 Veranstaltungen stattfinden, um so eine direkte Einbindung in den Verband zu ermöglichen.
10 Insgesamt stellen diese Veranstaltungen eine wichtige Grundlage zur Vernetzung der Mitglieder im
11 Unterbezirk dar. Sie bieten die Gelegenheit, andere aktive Jusos aus dem gesamten Unterbezirk
12 kennenzulernen und gemeinsame Ideen zu entwickeln. Sie stärken die Gemeinschaft und damit
13 unsere Arbeit insgesamt.

14 Mitglieder des Juso-Unterbezirksvorstandes werden im Rahmen einer Vorstandstour anbieten, die
15 Arbeitsgemeinschaften zu besuchen, die Angebote des Unterbezirkes vorstellen und Anregungen für
16 weitere Verbesserungen einholen. Dezentrale Veranstaltungen im Umland Hannovers werden
17 ausgebaut, um möglichst viele Mitglieder wohnortnah zu erreichen.

18 Als Teil der Mitgliederbetreuung verstehen wir auch die geplanten Frauen-Abende. Im kommenden
19 Jahr planen wir jeweils, einen Frauen-Abend mit den weiblichen Funktions- und Mandatsträgerinnen
20 insbesondere MdLs und MdBs aus der Region Hannover in ihren Wahlkreisen zu machen. Diese
21 sollen gezielt ein Angebot für Frauen schaffen und ihnen den Einstieg zu den Jusos erleichtern (mehr
22 zu dem Thema siehe auch beim AK Feminismus und Gleichstellung).

23 **Grundlagen der sozialistischen Politik - GSP**

24 Wir Jusos sind ein Verband, der ständig in Bewegung ist. Wir versuchen den Sozialismus
25 weiterzudenken und ihn in Politik, Ökonomie und Gesellschaft zu verwirklichen. Dennoch darf man
26 unsere Wurzeln nicht vergessen und muss sich mit den ursprünglichen Theorien auseinander setzen,
27 um diese weiterdenken und neu definieren zu können. Grundlage hierfür soll ein Seminar zu
28 sozialistischen und kommunistischen Theorien sein. Somit wird alt Eingesessenen, aber auch
29 Neulingen die Gelegenheit geboten, sich mit unserer Parteigesichte und Ideologie auseinander zu
30 setzen. So wollen wir gewährleisten, alle mit einzubinden und Grundlagenwissen zu stärken. Wieder
31 geplant ist auch ein ArbeiterInnenliederabend im Vorfeld des 1.Mai, bei dem wir uns mit der
32 Tradition und dem Singen dieser Lieder beschäftigt werden. Ergänzend zu dieser Thematik werden
33 die Roten Veranstaltungen um den Roten Salon erweitert, der sich ebenfalls mit den Grundlagen
34 sozialistischer Politik (GSP) befassen wird (siehe auch Mitgliederbetreuung).

35 **Bündnisarbeit**

36 Die Doppelstrategie sieht vor, für gesellschaftliche Veränderungen sowohl in der Partei als auch in
37 anderen Gruppen und Zusammenhängen zu kämpfen. In diesem Sinne ist Bündnisarbeit eine zentrale
38 Aufgabe. Wir werden bestehende Kontakte zu den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und
39 parteipolitischen Jugendorganisationen, insbesondere der Grünen Jugend und der
40 Gewerkschaftsjugenden, weiter pflegen. Wir werden uns weiterhin in Bündnissen, etwa dem
41 Jugendbündnis Hannover engagieren. Zudem ist es uns wichtig, die Zusammenarbeit mit Juso- und
42 SPD-nahen Organisationen wie den Naturfreunden, der AWO und den Falken weiterzuführen und

1 auszubauen. Darüber hinaus wollen wir weitere Kontakte zu MigrantInnenselbstorganisationen und
2 Flüchtlingsvereinen aufbauen. Zentrale Bündnisse und BündnispartnerInnen stellen für uns aber auch
3 weiterhin alle diejenigen dar mit denen wir gemeinsam gegen rechtes Gedankengut kämpfen, wie
4 z.B. der Initiative gegen rechten Lifestyle in Hannover oder dem Bündnis zu Bad Nenndorf.

5 ***Unsere Arbeit mit der SPD***

6 Wir Jusos sind die Jugendorganisation der SPD und fühlen uns in kritischer Solidarität unserer
7 Mutterpartei verbunden. Als Teil der SPD engagieren wir uns für unsere politischen Vorstellungen
8 und wollen sie nach unseren Maßstäben gestalten. Wir sind aber mehr als das: Wir sind eine starke
9 und einflussreiche linke Kraft innerhalb der SPD. In diesem Sinne möchten wir auch weiterhin in der
10 Region dieser politischen Gestaltungsrolle treu bleiben und eisern hinter diesem Handlungsanspruch
11 stehen.

12 Die Vernetzung mit anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften soll auch in diesem Jahr nicht zu kurz
13 kommen. In der Region Hannover haben wir mit zwei neu gegründeten und den bisherigen
14 Arbeitsgemeinschaften Akteure, mit denen wir inhaltliche Schnittstellen suchen werden und
15 inhaltliche Debatten unausweichlich befördern müssen. Das dient dazu, den SPD-Unterbezirk
16 langfristig und andauernd links-programmatisch zu gestalten. Es muss in unserem Interesse liegen,
17 an Richtungsentscheidung federführend mitzuwirken – dafür brauchen wir innerparteilich
18 progressive Mehrheiten.

19 Die SPD Region Hannover braucht eine linke und progressive Kommunalpolitik, die alle Menschen
20 mitnimmt. Auch hier wollen wir weiterhin unausweichlich die treibende Kraft sein und dieses Ziel
21 immer stets aufrichtig verfolgen. Aus diesem Grund werden wir auf die SPD-Regionsfraktion und
22 Ratsfraktion der Stadt Hannover so lange einwirken, bis jeweils zwei Mitglieder der Jusos kooptiert
23 werden. An dieser politischen Forderung führt für uns kein Weg vorbei.

24

25 ***Unsere Rolle im Verband***

26 Die Region Hannover ist ein besonders mitgliederstarker Unterbezirk. Mit diesem Glück kommt aber
27 auch eine gewisse Verantwortung. Um gut auf die Bezirks- und Landeskonferenz vorbereitet zu sein,
28 werden wir wie auch in den vergangenen Jahren professionelle Vorbesprechungen durchführen.
29 Bereits auf der Unterbezirkskonferenz wird darauf geachtet werden, entsprechend Anträge zur
30 Bezirks- und Landeskonferenz weiterzuleiten.

31 Unsere KandidatInnen für den nächsten Bezirksvorstand wollen wir natürlich genauso unterstützen,
32 wie die bereits gewählten Bezirks- und Landesvorstandsmitglieder. Wir freuen uns auf eine tolle
33 Zusammenarbeit.

34 Außerdem wollen wir noch stärker als bisher an der Zusammenarbeit mit anderen Unterbezirken
35 arbeiten und gegebenenfalls gemeinsame Veranstaltungen oder ähnliches durchführen.

36

37 ***Wahlen 2014***

1 Nach einem turbulenten Wahljahr 2013 kommt das nächste auf uns zu: In der ersten Hälfte von 2014
2 wird auf gleich drei unterschiedlichen Ebenen gewählt. Es stehen in der Region Hannover die
3 Europawahlen, die RegionspräsidentInnenwahl und BürgermeisterInnenwahlen - von letzteren
4 insgesamt 16 - an. Mit bewiesenem Siegeswillen, mit Eifer, Leidenschaft und neuer Dynamik
5 möchten wir uns den Wahlkämpfen stellen und mit erfolgreichen alten und neuen
6 Wahlkampfaktionen eigene Akzente setzen. Unser Ziel wird es sein, alle KandidatInnen
7 durchzubekommen und stärkste Partei zu werden, und das vor allem bei WählerInnen zwischen 16
8 und 35.

9 ***Europawahlen 2014***

10 "Europa? Betrifft uns das eigentlich was die in Brüssel beschließen?" Diese Bild haftet leider in vielen
11 jungen und alten Köpfen in unserer Gesellschaft. Europa ist allgegenwärtig, die Reisefreiheit und der
12 Euro sind nur zwei Dinge die unser tägliches Leben begleiten. Nur leider denken noch viele
13 Bürgerinnen und Bürger das es unwichtig wäre, wer in Brüssel an der Macht ist, weil es "soweit weg
14 ist und die in Brüssel eh machen was sie wollen". Dieses Denken müssen wir einreißen. Unsere
15 Aufgabe muss es sein, den BürgerInnen zu zeigen wieviel Einfluss die Regierung in Brüssel hat und
16 wie wichtig es ist, dort eine sozialdemokratische Mehrheit zu haben. Auch müssen wir alles geben,
17 um unseren Kandidaten Bernd Lange mit allen Kräften zu unterstützen. David McAllister wird sein
18 Gegenkandidat sein, der mit seinem internationalen Namen bei unpolitischen Bürgerinnen und
19 Bürgern gute Chancen hätte, gewählt zu werden. Somit stehen wir vor zwei Aufgaben: Erstens, den
20 Bürgerinnen und Bürgern die Wichtigkeit der Beteiligung an der Europawahl nahe zu bringen und
21 zweitens unseren Kandidaten Bernd Lange bestmöglich zu unterstützen und auf seine lange
22 Erfahrung im Europäischen Parlament hinzuweisen. Auch in diesem Jahr wird ein Junges Team Bernd
23 Lange gegründet, um einen attraktiven Wahlkampf für junge Wähler und Wählerinnen zu gestalten.

24

25 ***Wahl des Regionspräsidenten / der Regionspräsidentin***

26 Die Stadt und Region Hannover werden rot regiert – das soll auch so bleiben. Nachdem Stefan
27 Schostok mit einem grandiosen und klaren Resultat zum Oberbürgermeister der Stadt Hannover
28 gewählt wurde, müssen wir nun dafür sorgen, dass Hauke Jagau, unser Regionspräsident und
29 erneuter Kandidat, mit einem ähnlich starken Ergebnis wiedergewählt wird. Es wird nicht reichen,
30 den Wahlkampf nur zentral und ausschließlich in der Stadt zu führen. Wir müssen einen regionalen
31 Wahlkampfstil pflegen. Wir haben das strukturelle und personelle Potenzial dafür, weil wir einer der
32 mitgliederstärksten Unterbezirke sind und flächendeckend aktive Juso-Arbeitsgemeinschaften
33 besitzen. In Kooperation mit den AGen in der Region wollen wir ein starkes „Junges Team“ für Hauke
34 Jagau auf die Beine stellen und an der Mobilisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen
35 arbeiten. Am Wahltag sollen sie mit großer Euphorie und Überzeugung unserem Kandidaten ihr
36 Kreuz geben.

37 ***BürgermeisterInnenwahlen***

38 In diesem Jahr finden 16 BürgermeisterInnenwahlen in der Region Hannover statt. Wir möchten
39 zusammen mit den Arbeitsgemeinschaften die KandidatInnen in ihrem Wahlkampf unterstützen und
40 vor allem die Jugendlichen zur Wahl mobilisieren. Der Unterbezirksvorstand sieht sich in dem
41 BürgermeisterInnenwahlkampf nicht in der federführenden Position oder als Leitung, sondern

1 möchte das den einzelnen Arbeitsgemeinschaften überlassen und sie ausschließlich bei Aktionen und
2 Veranstaltungen unterstützen.

3 ***Presse- und Öffentlichkeitsarbeit***

4 Wie im letzten Jahr möchten wir uns auch in diesem im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
5 aktiv zeigen. Auf der einen Seite bedeutet das, dass wir kontinuierlich Pressemitteilungen zu
6 aktuellen Themen verfassen und insbesondere an die regionalen Medien herausgeben. Diese sollen
7 auch auf einer ständig aktuell zu haltenden Homepage zu lesen sein. In diesem Zusammenhang
8 werden wir die HP-Arbeit intensivieren und auf ein hohes Niveau setzen. Die HP soll auch in dieser
9 UBV-Periode langfristig unser erstes Repräsentationsmedium sein und stetig als solches beworben
10 werden. Seit dem letzten Jahr Juni läuft parallel zur Juso-Diskussionsgruppe auf Facebook auch eine
11 Gefällt mir-Seite (Jusos Region Hannover) von uns. Diese ist von den GenossInnen und
12 SympathisantInnen positiv aufgenommen worden, was die Anzahl an Gefällt mir-Angaben
13 widerspiegelt: Mit mehr als 400 Fans können wir zufrieden sein und dieses als Ansporn nehmen, um
14 auf dieser Social Network-Plattform weiter konsequent über unsere inhaltliche und aktionistische
15 Verbandsarbeit zu berichten. Um unsere vielfältigen Aktionen sichtbar zu dokumentieren, werden
16 wir hier auch Fotos einbringen. Hinzu kommt, dass wir auch weiterhin einen laufenden Twitter-
17 Aufruf besitzen und im selben Maße bespielen möchten. Beide Öffentlichkeitsmedien sollen
18 insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene erreichen und ansprechen.

19

20 **Arbeitskreis Inneres**

21 ***Polizei und Verfassungsschutz***

22 Unseren Worten müssen Taten folgen! Es ist schon lange Beschlusslage der Jusos eine polizeiliche
23 Kennzeichnungspflicht einzuführen. Im Arbeitskreis Inneres wollen wir uns mit dem Thema
24 Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen und grundsätzlich mit dem Auftreten der Polizei
25 auseinandersetzen. Wie können wir es schaffen, die SPD und die jetzige Landesregierung zu
26 überzeugen, dass Niedersachsen mit einer Vorreiterrolle in der Kennzeichnungspflicht vorangeht?
27 Wie kann Polizeiwillkür besser eingedämmt werden? Vor allem am Beispiel Hamburg kann der grobe
28 und oft ungerechtfertigte Umgang der Polizei mit der autonomen Linken beobachtet werden. Dies
29 sehen wir kritisch und möchten auch den Umgang der Hamburger SPD mit der Situation nicht
30 unkommentiert lassen. Auch wollen wir uns mit der Rolle des Verfassungsschutzes auseinander
31 setzen. Wird dieser noch gebraucht und ist er nach den Vorkommnissen mit der NSU nicht eine
32 verbrannte Institution? Was gibt es für Alternativen bzw. Ideen einer neuen Struktur? Diesen Fragen
33 wollen wir nachgehen. Geplant ist eine Veranstaltung mit VertreterInnen der GdP.

34 Des weiteren möchten wir uns auch mit der Videoüberwachung von Polizeidienststellen
35 beschäftigen. Eine solche Überwachung soll in allen Bereichen einer Polizeiwache stattfinden, in den
36 sich Inhaftierte aufhalten. Diese sollen auf einem externen Server gespeichert werden und nur auf
37 Verdacht angesehen werden. Allerdings würde eine solche Videowache in die Privatsphäre der
38 PolizistInnen eingreifen und deren Persönlichkeitsrecht verletzen.

1 Daher möchten wir uns in unserem Arbeitskreis damit auseinandersetzen, wie eine solche
2 Überwachung möglich und umsetzbar wäre, ohne in das Persönlichkeitsrecht der PolizeibeamtInnen
3 einzugreifen.

4 ***Hooligans und Rechtsextremismus***

5 Die Stadt Hannover ist eng verbunden mit ihrem Fußballverein, die Liebe zum Verein trägt oftmals
6 zur Identität mit der Stadt bei. Leider lässt sich bei Hooligans und Ultras eine höhere Anfälligkeit für
7 rechte Ideologien feststellen. Über 40% der Hooligans sind laut eigenen Angaben "eher rechts"
8 orientiert. Tatsächlich sind Patriotismus und Nationalismus unter vielen Fußballfans verbreitet. Diese
9 vorhandene Gesinnung, sowie die Verherrlichung und Faszination von Gewalt, bringt Ultras und
10 Hooligans zu rechten Gruppierungen. Auf Grund des subtilen, verdeckten Rechtsextremismus in den
11 Stadien und dem Wunsch nach Anerkennung und Zugehörigkeit zu einer Gruppe, ist die Gefahr, in
12 den Rechtsextremismus hineinzurutschen besonders für junge Menschen sehr hoch. Es besteht die
13 Gefahr, dass die Fanszene unterwandert wird. Unter dem Deckmantel einer Hooligan- oder
14 Ultragruppierung kann sich eine Vernetzung von Menschen mit rechtem Gedankengut herausbilden
15 und Strukturen geschaffen werden.

16 Um aufzuklären, welche Gefahr tatsächlich von rechten Fußball -Gruppierungen ausgeht, streben wir
17 eine Veranstaltung zu diesem Thema an. Dazu möchten wir gerne jemanden aus der
18 Projektgruppe "Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit" des Instituts für
19 Sportwissenschaften der Leibniz Uni Hannover einladen, um gemeinsam über rechte
20 Fußballgruppierungen und deren Bedeutung für die Region Hannover zu diskutieren. Neben rechten
21 Ultra-Gruppierungen gibt es natürlich auch einige linke Gruppierungen innerhalb der Fanszene, die
22 wir unterstützen wollen.

23 ***Alltagsrassismus und Antisemitismus***

24 In unserer Gesellschaft ist Alltagsrassismus weit verbreitet und auch Antisemitismus spielt noch eine
25 Rolle. Sogenannte MeinungsträgerInnen schaffen es immer wieder rassistische und antisemitische
26 Meinungen in der Gesellschaft zu verbreiten. Dies führt zu einer Unsicherheit im Umgang mit solchen
27 Bemerkungen und dem gesamten Diskurs.

28 Um der Ursache dieser Alltagsrassismen und der immer noch anhaltenden Verbreitung von
29 beispielsweise Vorurteilen gegen Juden auf den Grund zu gehen, möchten wir uns im Rahmen einer
30 Veranstaltung detaillierter mit diesen Themen auseinander setzen. Dazu wäre es möglich, eine/n
31 ExpertIn des Instituts für Soziologie einzuladen, sowie Mitglieder von anti-deutschen Bewegungen
32 oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Bei einer solchen Veranstaltung wollen wir zum einen die
33 Gründe dieses Verhaltens aufdecken und zum anderen über einen Umgang damit diskutieren.

34 Außerdem möchten wir über jüdische Gedenkstätten aufklären und uns näher mit diesen
35 beschäftigen, zum Beispiel durch einen Besuch des KZs Bergen-Belsen.

36 ***Strukturen vor Ort***

37 Grundsätzlich wollen wir uns im nächsten Jahr ausgiebig mit den Nazi-Strukturen vor Ort in der
38 Region Hannover auseinandersetzen, um Aufklärungsarbeit und antifaschistische Arbeit leisten zu
39 können. Wir werden uns gemeinsam mit Jusos aus allen AGen ein Bild von der Lage vor Ort machen
40 und Aktionen planen. Zudem möchten wir uns mit Gruppierungen, Burschenschaften, Treffpunkten

1 und sonstigen Strukturen der Nazis in der Region Hannover beschäftigen. So können wir konkret die
2 Probleme mit der Rechten vor Ort angehen und zeigen, dass wir Nazis in der Region Hannover und
3 überall sonst satt haben.

4 Ein zentrales Anliegen wird im nächsten Jahr vor allem sein, gegen den Thor Steinar-Laden in der List
5 vorzugehen. Dort hat sich eine Nazi-Struktur geschaffen, die schon jetzt zum beliebten Treffpunkt
6 vieler Menschen aus der rechten Szene in Norddeutschland und darüber hinaus geworden ist. Viele
7 Menschen nutzen diese Struktur, um sich in der rechten Szene zu vernetzen und natürlich auch, um
8 Klamotten zu kaufen und so ihre rassistische Gesinnung nach außen zu zeigen. Wir Jusos dürfen nicht
9 zulassen, dass Hannover ein Treffpunkt für Nazis wird. Zudem möchten wir nicht, dass hier ein Laden
10 existiert, der den Lifestyle der rechten Szene so sehr prägt.

11 Letztes Jahr nahm die NPD-Vorsitzende der Region Hannover, Kristina Krieger, ihr Studium der
12 Politikwissenschaften an der Leibniz Universität auf. Der Umgang mit ihr sowohl von der
13 Studierendenschaft, als auch von Seiten der Universität und der Lehrenden wurde zum Teil heftig
14 diskutiert. Die Reaktionen auf eine Outing-Aktion in einer Vorlesung waren ebenso heftig und
15 durchaus verschieden. Bedauerlicherweise reagierten gerade das Institut für politische Wissenschaft
16 und einige MitarbeiterInnen unpolitisch. Den Vergleich der Aktion mit Pogromen, das Verständnis
17 rechter Gesinnungen als politische Meinung und das Drängen der Rassistin Krieger in die Opferrolle
18 sind aus jungsozialistischer Sicht nicht hinnehmbar. Wir möchten uns daher mit den Geschehnissen
19 und dem Umgang mit Nazis an der Uni beschäftigen und Stellung beziehen.

20 ***Rechte Strukturen insgesamt***

21 Um vor Ort über die Gefahr des Rechtsextremismus aufzuklären zu können und somit auch dagegen
22 angehen zu können, muss man sich mit der Gesamtheit der rechten Szene auseinandersetzen. Wir
23 werden uns mit Nazi-Strukturen wie regelmäßigen "Events", Aufmärschen, Kundgebungen,
24 Gruppierungen, Erkennungszeichen, Musik und dem Lifestyle der extremen Rechten beschäftigen.
25 Geplant ist dazu eine Veranstaltung mit dem Juso-Landesvorstand, auf der über rechte Musik,
26 Kleidung, Zeichen und den allgemeinen Lifestyle der Nazis aufgeklärt wird. Um ein Zeichen gegen
27 Nazis und Faschismus zu setzen wollen wir gemeinsam zu Demos und Kundgebungen fahren. Im
28 Vorfeld zu geplanten Aufmärschen und Kundgebungen soll ein Informationsabend veranstaltet
29 werden, auf dem die Geschichte des "Events" und die Bedeutung für die rechte Szene beleuchtet
30 wird. Außerdem sind Filmabende und andere kulturelle und informative Veranstaltungen zum Thema
31 Rechtsextremismus geplant, unter anderem im Rahmen des Roten Freitags.

32 ***Bündnisse und Aktionen***

33 Auch im nächsten Jahr möchten wir bestehende Bündnisse weiterführen und unterstützen und uns
34 mit neuen BündnispartnerInnen auseinandersetzen. Wichtig sind uns hierbei Bündnisse vor Ort wie
35 die Initiative gegen rechten Lifestyle und mit anderen antifaschistischen BündnispartnerInnen (siehe
36 dazu auch Bündnisarbeit). In diesem Zusammenhang ist auch das Bündnis Barsinghausen ist bunt zu
37 betonen. Dort werden rechtsextreme Übergriffe immernoch als Konflikte zwischen Jugendlichen
38 abgetan. Dort werden wir uns vor allem gemeinsam mit den Jusos und AntifaschistInnen vor Ort
39 gegen rechtsextreme Strukturen und den derzeitigen Umgang der Stadtverwaltungen mit den
40 Problemen einsetzen. Zudem werden wir uns auch weiterhin in überregionalen Bündnissen und
41 Initiativen einsetzen und an Anti-Nazi-Demos, Gegenkundgebungen und Blockaden in Bad Nenndorf,
42 Magdeburg, Dresden, etc. teilnehmen.

1

2 **Arbeitskreis Bildung**

3 Die Ermöglichung von individuellem, sozialem Aufstieg war und ist eines der zentralen Versprechen
4 der Sozialdemokratie. Es ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Sozialer Aufstieg kann
5 jedoch nur in einer Gesellschaft gelingen, in der alle Menschen trotz ihrer höchst unterschiedlichen,
6 jeweils sehr individuellen Herkunftsgeschichte die gleichen Chancen haben, ihr Leben frei und
7 selbstbestimmt nach ihren Wünschen zu gestalten, ohne dabei auf Barrieren oder an gläserne
8 Decken zu stoßen. Chancengleichheit ist somit der alles entscheidende Schlüssel, der dem einzelnen
9 Individuum den sozialen Aufstieg und somit die Emanzipation aus den eigenen
10 Herkunftsverhältnissen erst ermöglicht. Am ehesten lässt sich Chancengleichheit über das
11 Bildungssystem herstellen. Denn in welche Verhältnisse wir hineingeboren werden, ob wir nun arme
12 oder reiche Eltern haben, dafür können wir nichts. Wir haben nun einmal unterschiedliche
13 Startbedingungen. Aber was wir anschließend aus unseren Möglichkeiten, unseren Fähigkeiten und
14 Fertigkeiten machen, ob sie verkümmern oder ob wir sie frei entfalten können, das kann beeinflusst
15 werden. Es kann beeinflusst werden über die Art und Weise, wie man das Bildungssystem
16 ausgestaltet. Und genau das hat die Politik zu entscheiden. Bildungspolitik betrifft alle –
17 insbesondere und vor allem jedoch die Jugend: junge Menschen, die zur Schule gehen, die sich in
18 Ausbildung befinden oder die ein Studium absolvieren, sie alle werden tagtäglich und unmittelbar
19 mit dem Bildungssystem und den bildungspolitischen Beschlüssen, die Auswirkungen auf das
20 Bildungssystem haben, konfrontiert. Wir sind junge Menschen, wir sind die Jugend, wir sind die Jusos
21 – ein politischer Richtungsverband. Und da wir das sind, da wir jung sind, kann uns Bildungspolitik
22 nicht kalt lassen, nicht einfach so egal sein. Denn uns alle berührt und betrifft dieses Politikfeld viel zu
23 sehr – so sehr, dass wir Jusos gar nicht darum herum kommen, als uns in einem engagiert
24 arbeitenden AK intensiv damit zu beschäftigen. Wir Jusos Region Hannover brauchen also einen
25 Arbeitskreis Bildung, wir brauchen eine Art „Think Tank“ in Sachen Bildungsfragen, wenn wir denn als
26 jugendpolitischer Verband ernst genommen und auch gehört werden wollen!

27 ***Wir haben die Macht: Machen wir was draus?!***

28 Vor einem Jahr fanden in Niedersachsen Landtagswahlen statt. Seitdem wird unser Bundesland von
29 einer rot-grünen Koalition regiert. Die SPD ist Regierungspartei und stellt mit Frauke Heiligenstadt die
30 Kultusministerin. Da das Kooperationsverbot weiterbesteht, ist und bleibt Bildung Ländersache. Doch
31 auch die Kommunen haben ein Wörtchen mitzureden, denn sie sind die Schulträger. Aber auch auf
32 kommunaler Ebene gibt es sowohl in der Regionsversammlung wie auch im Rat der Stadt Hannover
33 rot-grüne Mehrheitsbündnisse. Somit hat die SPD zusammen mit den Grünen auf allen für den
34 Bildungsbereich relevanten Ebenen die Gestaltungsmacht inne und kann die Schul- und
35 Bildungslandschaft in der Region Hannover prägen und nach ihren Vorstellungen verändern. Jedoch
36 wie geht die SPD mit dieser Gestaltungsmacht um? Was macht die SPD mit der Macht? Macht sie
37 was draus? Der AK Bildung wird es sich zur Aufgabe machen, die Bildungspolitik auf Landes- und
38 kommunaler Ebene kritisch zu begleiten und zu hinterfragen. In Form von Anträgen,
39 Positionspapieren und Pressemitteilungen wollen wir Stellung beziehen und unsere progressiven,
40 jungsozialistischen Antworten auf die gegenwärtig diskutierten, bildungspolitischen Fragestellungen
41 klar zum Ausdruck bringen.

42 ***Wer Visionen hat, sollte nicht zum Arzt gehen, sondern zum AK Bildung***

1 Wer, anstatt nur im Dunkeln zu tappen und im Nebel zu irren, mehr vorhat, wer etwas erreichen
2 möchte, der muss sich ein Ziel setzen, der muss eine Vision davon haben, wo er denn einmal hin
3 möchte. Das gilt ganz generell für alle Bereiche des Lebens, es gilt aber auch sehr speziell für den
4 Politikbetrieb. Deshalb möchten wir uns im AK Bildung in einem langfristig angelegten Projekt der
5 Fragestellung widmen, wie denn die perfekte Schule aussehen könnte. Wir wollen eine Vision eines
6 wirklich humanen Schul- und Bildungswesens entwickeln: ein Idealbild, das von der Politik angestrebt
7 und möglichst weitgehend verwirklicht werden sollte.

8 ***Aktion und Kooperation***

9 Um einen intensiven Meinungs- und Informationsaustausch über Bildungsfragen anzuregen und zu
10 pflegen, wird der AK Bildung eng mit politisch und inhaltlich nahe stehenden Akteuren und
11 Verbänden aus dem Bildungsbereich kooperieren. Parteiintern wird eine vernetzte Zusammenarbeit
12 mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) und mit den Juso-Schüli-Gruppen angestrebt. Als
13 externe Kooperationspartner sind unter anderem der LandeschülerInnenrat Niedersachsen und die
14 LehrerInnengewerkschaft GEW angedacht. Wir wollen zudem Bildungsbündnisse unterstützen, bei
15 denen wir die inhaltliche Nähe als gegeben ansehen. Darüber hinaus werden wir natürlich auch zur
16 Teilnahme an Demonstrationen und (Protest)Aktionen aufrufen und uns auch selbst daran aktiv
17 beteiligen, sofern uns denn diese Kundgebungen und Aktionen dazu dienlich erscheinen, unseren
18 bildungspolitischen Forderungen und Vorstellungen mehr Gewicht in der Öffentlichkeit zu verleihen.

19 ***Diskussion und Exkursion***

20 Der AK Bildung möchte die derzeit bedeutsamen bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen
21 wir stehen, gern näher beleuchten. Um konkrete Sachverhalte und Entscheidungsprozesse besser
22 verstehen, nachvollziehen und gegebenenfalls auch mittragen zu können, werden wir
23 Podiumsdiskussionen oder andersformatige Veranstaltungen durchführen, bei denen wir mit
24 interessanten, hochkarätigen Gästen – Akteure aus der Politik und dem Bildungsbereich – ins
25 Gespräch kommen wollen. Des Weiteren hat der AK Bildung geplant, nicht nur hinter verschlossenen
26 Türen zu tagen, sondern auch mal hinaus zu gehen, um die Bildungslandschaft ein wenig zu
27 erkunden. Wir werden dorthin gehen, wo Bildung passiert und praktiziert wird. Beispielsweise ist
28 angedacht, dem Schulbiologiezentrum als einem außerschulischen Lernort einmal einen Besuch
29 abzustatten. Auch ein mustergültiges Beispiel für inklusive Pädagogik – das integrative
30 Theaterprojekt Klatschmohn, bei dem SchülerInnen mit und ohne Handicap mitwirken – wollen wir
31 uns zusammen anschauen. Doch das Highlight kommt ganz zum Schluss unserer Arbeitsperiode: ein
32 Rundgang über die Bildungsmesse didacta, die vom 10.-14. Februar 2015 in Hannover stattfinden
33 wird.

34

35 **Arbeitskreis Internationales**

36 Der Arbeitskreis Internationales hat in den vergangenen Jahren viele Veranstaltungen organisiert.
37 Diese erfolgreiche Arbeit soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Dabei werden
38 insbesondere die EU-Politik, die niedersächsische Flüchtlingspolitik, die internationale
39 Zusammenarbeit und Probleme in Zusammenhang mit internationaler Kriminalität thematisiert
40 werden.

1 **Die Europäische Union**

2 Dieses Jahr werden wir uns mit den Wahlen des Europäischen Parlaments befassen und diese zum
3 Grund nehmen um über die Demokratie in der EU zu sprechen. Des Weiteren werden wir uns
4 konstruktiv mit der EU – Erweiterungspolitik auseinandersetzen und besonders einen Blick auf die
5 „Kopenhagen Kriterien“ sowie über die Verhandlungspartner; Türkei, Serbien und Montenegro
6 werfen. Wir werden darüber hinaus prüfen, ob eine Besuchsreise nach Brüssel möglich ist.

7 **Niedersächsische Flüchtlingspolitik**

8 Die niedersächsische Flüchtlingspolitik hat seit der Amtsübernahme der SPD und den Grünen ihr
9 menschliches Antlitz wieder erhalten. Die neue Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris
10 Schröder-Köpf, vertritt die Interessen der MigrantInnen gegenüber dem Landtag. Gleichzeitig gibt es
11 weiterhin viele Probleme: Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen und Widerstände gegen
12 Flüchtlingsheime. Diesen Themen möchten wir uns annehmen und so dazu beitragen Ressentiments
13 gegenüber den Flüchtlingen abzubauen, die wegen politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher
14 Notlagen oftmals keine andere Möglichkeit mehr sehen als eine Flucht aus ihrem Heimatland. Dabei
15 muss auch die europäische Flüchtlingspolitik mitgedacht werden. Die Menschenrechte sollten auch
16 für die EU wieder einen höheren Stellenwert besitzen.

17 **Internationale Kriminalität – Drogenhandel**

18 Der Drogenhandel ist ein komplexer krimineller Vorgang, der von Jahr zu Jahr global zugenommen
19 hat. Das organisierte Verbrechen hat insbesondere Mittel- und Südamerika aber auch in Mitteleuropa
20 ein unübersichtliches Ausmaß erreicht, gegen das nur noch schwer vorzugehen ist. Es haben sich
21 kriminelle Bande, mafiöse Strukturen und große Drogenkartelle auf dem Schwarzmarkt etabliert, die
22 den Drogen-Absatzmarkt kontrollieren. Nicht zu selten führen die Korruptionsgeschäfte zu heftigen
23 Bandenkriegen und Mordtaten. Weiterhin ist bekannt, dass der Drogenhandel stark mit dem
24 Menschenhandel, mit Zwangsprostitution und dem Waffenhandel in Verbindung steht.

25 Wir möchten uns dieser komplexen Thematik mit Hilfe von internationalen Dokumentarfilmen und
26 politischer Berichterstattung nähern und intensiv über mögliche Lösungsansätze diskutieren.

27 **Internationale Kooperationen**

28 Gerne würden wir eine internationale Freundschaft zu einer Jugendorganisation von einer
29 Sozialdemokratischen Schwesterpartei aufbauen. Hierzu werden wir Kontakt aufbauen und
30 versuchen eine kooperative Zusammenarbeit zu ermöglichen.

31 **Entwicklungshilfe**

32 Ein weiterer Schwerpunkt wird die internationale Entwicklungshilfe sein. Wir werden uns mit
33 verschiedenen Formen befassen und explizit über Geld oder Nahrung diskutieren. Des Weiteren
34 erwägen wir eine kooperative Zusammenarbeit mit Amnesty International Niedersachsen. Hierbei
35 soll vor allem der Fokus auf den Missbrauch von Entwicklungshilfe liegen.

36

37 **Projektgruppe "Interkultureller Dialog"**

1 Die Projektgruppe „Interkultureller Dialog“ wird in diesem Jahr an seiner vergangenen Arbeit
2 anknüpfen und weiter das Gespräch mit den kulturellen und religiösen Einrichtungen suchen. Die
3 letzten Treffen haben uns wieder einmal verdeutlicht, wie groß der interkulturelle und -religiöse
4 Reichtum in unserer Region ist. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht auf erzielte Erfolge
5 ausruhen, sondern unser Netzwerk in diesem Bereich stetig ausbauen. Gerade in einer Zeit, wo
6 scharfe Debatten über die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik geführt werden, müssen wir ein
7 klares Zeichen setzen und erkennbar nach außen hin zeigen – die Jusos sind und bleiben stolz auf die
8 Vielfaltigkeit in der Region Hannover! Konkret heißt es für die Projektgruppe, dass sie in den
9 nächsten Monaten verschiedene Einrichtungen aus dem Kultur und Religionsbereich besuchen wird.
10 Folgende Besuche sind geplant: 1. Die liberal-jüdische Gemeinde, 2. die Schura Niedersachsen, 3. der
11 vietnamesisch-buddhistische Tempel, 4. der Afrikanische Dachverband, 5. die Bosniakische
12 Gemeinde und 6. die Türkische Gemeinde Niedersachsen. Weitere Ideen und Anregungen sind
13 immer gerne gesehen.

14

15 **Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz**

16 Eines der wichtigsten Themen der umweltpolitischen Arbeit der Jusos, wird das Thema
17 Energiewende sein. Bei den aktuellen Entwicklungen werden Große Unternehmen bevorzugt, so
18 dass ein rascher Umstieg auf alternative Energiegewinnung schwerer wird, für uns jedoch nicht
19 unmöglich sein sollte. Hier müssen Alternativen gefunden werden, die wir durch Anträge
20 unterstützen werden.

21 In Hannover haben wir inzwischen ein Programm gegen Lichtverschmutzung, dieses muss weiterhin
22 kritisch begleitet werden. Hierfür werden wir weiter mit der Ratsfraktion zusammen arbeiten.

23 Ein weiteres Thema, welches immer aktueller wird, ist die Situation der Eilenriede – Hannovers
24 Grüner Lunge. Auf der einen Seite ist sie für die Menschen in Hannover ein Naherholungsgebiet auf
25 der anderen Seite ein Ökologischer Lebensraum vieler Tiere. Wir werden uns damit
26 auseinandersetzen, wie wir damit umgehen werden und wollen.

27 Artgerechte Haltung und Landwirtschaftliche Produktion abseits von Massentierhaltung und
28 übermäßigem Medikamenten- oder Schadstoffeinsatz. Dies sind für uns JungsozialistInnen
29 elementare Inhalte, was progressive Ernährungs- und Umweltpolitik angeht. Die Sensibilisierung für
30 diese Themen, sowie der Einsatz für eben diese besseren Umstände für Mensch, Tier und Umwelt
31 werden unsere Aufgaben sein.

32 Jeder weiß heute wie wichtig Bioprodukte sind. Aber wer kann sie bezahlen? Als JungsozialistInnen
33 ist es unsere Aufgabe, Lösungen zu finden wie man biologische Nahrungsmittel auch Menschen mit
34 geringen Einkommen zugänglich macht.

35 ***Tierschutz***

36 **1. Echtpelz (Katzen-,Hundefell) an Jacken, Mützen, Schuhen und etc.**

37 Der echte Pelz wurde als Kunstpelz gekennzeichnet. Die VerbraucherInnen wurden getäuscht. Die
38 Tiere erleiden höllische Qualen. Seit 2009 ist es nicht gestattet, Haustierfell in der EU zu verkaufen.
39 Zuletzt machten Tom Tailor und Drogeriekette Müller auf sich aufmerksam, da sie Katzenfell an

1 Jacken verarbeitet hatten und diese aber mit Kunstfell gekennzeichnet haben! Im November 2013
2 gab es einen ähnlichen Fall bei Karstadt. Wir möchten uns mit diesem Thema beschäftigen und die
3 Menschen darüber informieren, dies werden wir durch Flyer verteilen, Veranstaltungen und
4 Podiumsdiskussionen. Animals' Liberty hat eine Kampagne auf Facebook gestartet gegen das Pelz
5 tragen (<http://www.kunstpelz-ist-echt.de>), die wir unterstützen möchten.

6 2. Tötungen der Hunde in Rumänien.

7 Anfang September kam es in der rumänischen Hauptstadt Bukarest zu einem Beißvorfall, bei dem ein
8 kleiner Junge getötet wurde.

9 Nach diesem Vorfall wurde am 10. September 2013 laut verschiedener Medien ein Gesetz
10 beschlossen, dass die Tötung aller heimatlosen Hunde vorsieht. Am 25. September hat das höchste
11 rumänische Gericht eine Klage gegen dieses Gesetz abgewiesen. Mit der Unterschrift von Präsident
12 Traian Băsescu ist es am selben Tag in Kraft treten.

13 Einem Schreiben der Intergroup on the Welfare and Conservation of Animals des EU-Parlaments vom
14 8. Oktober 2013 an den rumänischen Präsidenten zufolge können heimatlose Hunde jedoch auch
15 weiterhin in Tierheimen untergebracht werden. Die Entscheidung liegt bei den Gemeinden.

16 Angesichts der katastrophalen Zustände in den meisten rumänischen Tierheimen leiden die Hunde in
17 diesen Einrichtungen sehr! Selbst, wenn alle heimatlosen Hunde in Rumänien eingesperrt würden,
18 wäre das keine Lösung, die den Tieren gerecht wird. Wir könnten protestieren für eine Verbesserung
19 des Tierschutzes in Rumänien! Die einzige zukunftsfähige Lösung, um die Population heimatloser
20 Hunde und ihr Leid langfristig zu reduzieren, sind flächendeckende Kastrationsprogramme. Daneben
21 müssen auch gesetzliche Maßnahmen erlassen werden, die Tiere effektiv schützen. Die
22 Kastrationsprogramme werden nur von freiwilligen Organisationen durchgeführt.

23 Es gab vor vielen Jahren schon mal so eine Tötungsaktion und diese führte nicht zu Erfolg.

24 3. Der Wolf ist in Deutschland zurück

25 Wir können Infoveranstaltungen ins Leben rufen, damit die BürgerInnen wissen, was auf sie
26 zukommt. Da immer noch viele Menschen Bedenken oder Angst haben, wirbt und sensibilisiert die
27 WWF die BürgerInnen für das Thema. Peter Sürth könnte eine Infoveranstaltung halten oder andere
28 ExpertenInnen.

29 **Netzpolitik**

30 Netzpolitik ist nicht nur die Angelegenheit von einzelnen Personen, sondern eine Angelegenheit die
31 uns alle betrifft. Besonders im Informationszeitalter spielt die Netzpolitik nicht nur eine wichtige
32 Rolle in der sozialen, ökonomischen und politischen Welt, sondern ist auch ein Grundrecht unserer
33 Gesellschaft. Dass aber Nationen den heimlichen Zugang zu Computern, Smartphones und anderen
34 modernen Kommunikationsgeräten suchen, ist hierbei leider nichts Neues.

35 Wir wollen nicht zuschauen, wie die Verletzung des Grundrechts auf Gewährleistung der
36 Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme zum Dauerzustand wird. Die Politik
37 über das Netz ist schon lange keine „Nerd-Angelegenheit“ mehr, sondern schon lange ein zentrales
38 Thema der Allgemeinheit.

1 Hierbei werden wir uns nicht nur mit nationalen und internationalen politischen Themen über das
2 Netz, kritisch befassen, sondern auch die zukünftige Entwicklung genau mit verfolgen.

3 Aktiv wollen wir Informationen bereitstellen, die zur Verbesserung des Datenschutzes im Internet
4 behilflich sein können. Hierzu werden wir einige einfache Software Lösungen vorstellen, welche das
5 anonyme surfen im Internet unterstützen. Mit Hilfe von Regelmäßigen Vorführungen, Präsentationen
6 oder auch Themen Abenden wollen wir zusätzlich, allgemeine Fragen zu Verbesserung der
7 Datensicherung und Privatsphäre klären und einige Lösungsansätze vorstellen.

8

9 **Arbeitskreis Feminismus und Gleichstellung**

10 Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, deswegen ist die Auseinandersetzung mit
11 Feminismus ein sehr wichtiger Punkt unserer politischen Arbeit. Seit der Einführung des
12 Frauenwahlrechts 1918 hat sich viel getan. Leider werden Frauen auch heute noch aufgrund ihres
13 Geschlechts in der Berufswelt und in anderen Bereichen des Lebens diskriminiert. Umso wichtiger
14 wird es für Frauen und Männern sich mit der feministischen Theorie und der Emanzipation der Frau
15 auseinander zusetzen. Auch muss bedacht werden, dass die Jusos eine Gruppe mit einer hohen
16 Fluktuation sind und nicht alle GenossInnen auf dem gleichen Wissenstand sind. Um dies zu ändern,
17 wird ein zwei tägiges Seminar zum Thema Feminismus veranstaltet. Am ersten Tag sollen Basics
18 vermittelt werden (Grundlagen des Feminismus und einige Theorien bekannter Feministinnen, evtl.
19 als Referentin Dr. Martinsen- Uni Hannover-). am zweiten Tag sollen aktuelle Themen und bekannte
20 Feministinnen eingeladen werden

21 Feminismus statt Sexismus. Sexismus ist leider in unserer Gesellschaft immer noch weit verbreitet:
22 in Filmen, ebenso wie in Werbung, Zeitschriften und anderen Medien, aber auch auf dem
23 Arbeitsmarkt, in der Schuler oder Hochschule und auch beim alltäglichen Umgang
24 miteinander. Wir werden durch unsere Arbeit weiter für die Problematik sensibilisieren uns intensiv
25 mit dem Thema Sexismus beschäftigen - Was ist sexistisch? Was ist Alltagsexismus? Wie können wir
26 sexistische Muster bekämpfen? Was können wir ändern oder verbessern? Was tun bei
27 sexistischen Sprüchen?

28 Zur besseren Vernetzung der Frauen im Unterbezirk wollen wir in regelmäßigen Abständen zu einem
29 Frauenforum einladen, ähnlich dem des Landesverbandes. Es soll dazu dienen die Frauen in unserem
30 Unterbezirk besser zu vernetzen und sich über Problemlagen und Erfahrungen in einem geschützten
31 Raum austauschen zu können. Dies soll ergänzend zu den Frauen-Abenden sein (siehe auch
32 Mitgliederbetreuung). Die Frauen-Abende, zu denen wir die jeweilige MdL bzw MdB des örtlichen
33 Wahlkreises einladen wollen, sollen den Einstieg zu den Jusos für junge Frauen erleichtern und
34 ebenfalls die Vernetzung fördern. Außerdem wollen wir wieder dafür werben, an dem jährlich
35 stattfindenden Feminismus Seminar des Bezirks teilzunehmen und auch für das Frauenforum des
36 Landesverbandes. Darüber hinaus wollen wir uns an Aktionen zum Weltfrauentag, zum Equal Pay Day
37 und zu „One Billion Rising“ beteiligen.

38 Geschlechterrollen und Stereotypen prägen unsere Gesellschaft maßgeblich. Von Männern und
39 Frauen wird erwartet, sich ihrem Geschlecht entsprechend zu verhalten. Dies gilt es zu überwinden!
40 Jeder Mensch soll sich individuell entfalten! Außerdem sind Frauen in technischen Berufen immer
41 noch unterrepräsentiert. Welche Ursachen liegen dieser Tatsache zu Grunde und wie kann man

1 diesem entgegenwirken und Frauen gezielt fördern. Zu diesen Thematiken möchten wir eine
2 Veranstaltung mit Dr. Silke Lesemann MdL planen, die sich gezielt mit der Geschichte der Frauen und
3 gesellschaftlichen Rollenbildern beschäftigt. Als Grundlage einer solchen Veranstaltung soll ihr Buch
4 "Geschlechterrollen. Technik im Korsett- männlich, weiblich, menschlich?" dienen, anhand dessen
5 wir mit ihr über die Bedeutung von geschlechterspezifischen Rollentypen im 21. Jahrhundert
6 diskutieren wollen.

7 ***Homophobie & Transphobie***

8 Homosexualität wird in vielen Ländern der Welt bestraft, obwohl es für uns keine Straftat ist. In über
9 40 afrikanischen Staaten wird Homosexualität sogar mit der Todesstrafe bestraft. Selbst in Staaten,
10 die noch so modern wirken, gibt es Verbote für gleichgeschlechtliche Ehen oder werden Strafen für
11 Homosexualität verhängen. Es ist daher wichtig, gegen Diskriminierung und für mehr Toleranz zu
12 werben und zu kämpfen. Dabei handelt es sich nicht nur um homosexuelle Menschen, sondern auch
13 inter-, trans oder bisexuellen Menschen, die täglich Schikanen oder Strafen ausgesetzt sind und in
14 manchen Teilen der Erde sogar um ihr Leben bangen müssen.

15 Dabei ist es wichtig, Menschen darüber aufzuklären, unter welchen Umständen, Menschen in
16 anderen Ländern leben müssen. Dazu geht es darum, Menschen auch über die fehlende Toleranz
17 gegenüber Menschen in Deutschland aufzuklären und zu mehr Gleichberechtigung und weniger
18 Diskriminierung aufzurufen.

19 Des Weiteren wollen wir uns weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass die Rechte der eingetragenen
20 Lebenspartnerschaften den der Ehe entsprechen. Denn Liebe ist ein Menschenrecht.

21 Wir planen außerdem, erneut am CSD (Christopher Street Day) in Hannover teilzunehmen und
22 präsent zu sein. Dabei wollen wir die Schwusos unterstützen. Darüber hinaus ist ein Ziel, in der
23 Zukunft eine engere Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen mit den Schwusos zu planen.

24

25 **Arbeitskreis Soziales, Arbeit, Wirtschaft**

26 Im Arbeitskreis Soziales, Arbeit Wirtschaft (AK SAW) beschäftigen wir uns mit einer der Kernthemen
27 der Sozialdemokratie. Unsere Partei ist eine Arbeiterpartei. Ziel ist es und muss es auch weiterhin
28 sein für gerechte Löhne zu kämpfen, die Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern, für mehr
29 soziale Gerechtigkeit zu sorgen und für eine nachhaltige sozialverträgliche Wirtschaftspolitik
30 einzutreten. Im Folgenden findet ihr ein paar der Themen mit denen wir uns beschäftigen wollen und
31 /oder zu denen wir Veranstaltungen machen wollen.

32 Auch wenn insbesondere viele Jusos nicht dafür waren, regiert nun wieder eine Große Koalition. Für
33 viele Themen haben wir hart gekämpft im Wahlkampf. Ein Teil soll umgesetzt werden, aber einiges
34 auch nicht. Wir wollen uns nochmal genau mit der geplanten Umsetzung des Mindestlohn
35 beschäftigen, aber auch mit anderen arbeitsmarktpolitischen Plänen der Bundesregierung. Werden
36 ausreichend Maßnahmen ergriffen um Leiharbeit und präkäre Beschäftigung zu bekämpfen? Wird es
37 endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben?

38 Auch ein Thema für das wir hart gekämpft haben im Wahlkampf von dem wir aber leider so gut wie
39 nichts umsetzen konnten sind unsere Forderungen im Bereich Steuerpolitik. Wir wollen diskutieren

1 wie es im Bereich Steuerpolitik weiter gehen kann und muss. Viele der Forderungen sind für uns
2 immernoch aktuell. Die geplanten Steuererhöhungen für Besserverdiener wurden und werden aller
3 Voraussicht nach nicht durchgeführt. Außerdem werden fragwürdige Projekte wie die Mütterrente,
4 mitgetragen durch die SPD, nun im Bundestag realisiert.

5 Des Weiteren wollen wir auch die wirtschaftliche Situation in Deutschland und der Welt näher
6 beleuchten und hinterfragen. Ist die momentane Finanzpolitik der Kanzlerin noch zeitgemäß? Kann
7 man die momentane Kinderarmut in Deutschland auf ein wirtschaftliches Ungleichgewicht in der
8 Verteilung der Güter zurückführen? Soll Deutschland wirklich eine marktkonforme Demokratie sein?
9 Mit solchen und anderen Fragen gilt es sich kritisch auseinander zu setzen.

10 Ein weiterer strittiger Punkt ist das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. Immer
11 mehr Menschen erkennen diese gewollte Intransparenz und verurteilen diese. Auch für uns als
12 JungsozialistenInnen ist dieses Thema von enormer Wichtigkeit. Soll Europa und speziell Deutschland
13 in einem festgeschriebenen Vertrag Zwangsimpporteur von Amerikanischen Waren werden?

14 Der demographische Wandel ist in ganz Deutschland allgegenwärtig und wird laut vieler Experten
15 einen gesellschaftlichen und sozialen Wandel in der gesamten Republik herbeiführen. Doch wie kann
16 dieses Problem angegangen werden? Wir als Jusos wollen versuchen für eine familien- und
17 arbeitnehmerfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik einzutreten. Dazu gehört das übergeordnete
18 Ziel eine gerechte Verteilung des Geldes in der Gesellschaft zu erwirken. Im Kleinen treten wir zum
19 Beispiel für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der wirtschaftlichen Akzeptanz für
20 junge Familien und der damit verbundenen Elternteilzeit ein.

21 Immer wieder erreichen uns schreckliche Nachrichten über den Zusammensturz von Fabriken aber
22 auch anderen katastrophalen Arbeitsbedingungen in anderen Ländern. Ländern in den zu
23 menschenunwürdigen Bedingungen und Löhnen Produkte hergestellt werden, die wir und unsere
24 Gesellschaft konsumieren. Können wir das mit uns vereinbaren? Was für Maßnahmen können und
25 müssen außenpolitisch, handelspolitisch und konsumtechnisch ergriffen werden?

26 **1. Mai** Gleich zu Beginn des neuen Juso Jahres steht der 1. Mai an. Neben dem bereits etablierten
27 ArbeiterInnenliederarbeit wollen wir uns inhaltlich mit diesem Tag auseinandersetzen und ggf. ein
28 Transpi erstellen. Am Demonstrationzug zum 1. Mai und der zentralen Kundgebung wollen wir als
29 gesamter Unterbezirk natürlich wieder mit vielen Fahnen und GenossInnen teilnehmen.

30 Zu hohe Mieten! Schon nach der ersten eigenen Wohnung, nach einem neuen WG-Zimmer oder
31 anderem Wohnraum gesucht? Viele Mieten steigen und es gibt immer weniger günstigen Mietraum.
32 Was tut die große Koalition gegen dieses Problem? Gibt es Maßnahmen der Stadt Hannover? Was für
33 Pläne gibt es für sozialen Wohnungsbau?

34 Diese und vielen weitere Themen, Fragen und Problemstellungen wollen wir im AK SAW diskutieren
35 etwa bei Sitzungen, Veranstaltungen aber auch Podiumsdiskussionen.

1 **Anträge zur Juso Unterbezirkskonferenz 2014**

2 **Antragsbereich Bildung**

3 **B1 - Inklusion ernstnehmen - angepasste Dauer des Anerkennungsjahre für**
4 **SozialarbeiterInnen**

5 Antragsteller: *Lukas Wollenzien*

6 Weiterleitung an: *AK Arbeit, Soziales und Wirtschaft*

7 Wir fordern, dass die Hochschulgesetze in der Bundesrepublik Deutschland in soweit ergänzt
8 wird, dass die Dauer des Anerkennungsjahres von SozialarbeiterInnen und
9 SonderpädagogInnen und die wöchentliche Arbeitsstunden auf die Bedürfnisse der
10 Studierenden angepasst werden kann.

1 Begründung:

2 Unter dem Aspekt der Inklusion sollte es für jede/n AbsolventIn des Studiums der Sozialen
3 Arbeit die staatliche Anerkennung als SozialarbeiterIn zu erlangen. Hierbei muss der/die
4 AbsolventIn ein Arbeitspensum ableisten. Dieses sollte nicht nur in voll- oder Teilzeit
5 abgeleistet werden können, sondern sie Arbeitszeit muss individuell auf den/die AbsolventIn
6 angepasst werden, um die optimalen Bedingungen für AbsolventInnen zu gewährleisten.

7 **B2- Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden**
8 **Religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen**

9 AntragstellerInnen: Juso AG Südstadt-Bult

10 Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
11 Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz weiterleiten:

12

13 Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden, verbindlichen und
14 religionsübergreifenden Ethikunterrichts ab der Grundschule, bei gleichzeitiger Abschaffung
15 des bisherigen Religionsunterrichtes und etwaiger Ersatzfächer. Neben der
16 wissenschaftlichen Beleuchtung verschiedener Glaubensrichtungen Glaubensrichtungen
17 muss außerdem ebenfalls ein Verständnis weiterer Werte und Normen sowie ethischer
18 Ansichten vermittelt werden.

19 Begründung:

20 Die Zugehörigkeit zu den christlichen Religionsgemeinschaften hat innerhalb der letzten
21 Jahre und Jahrzehnte in unserer Gesellschaft beständig abgenommen. Gleichzeitig wurde
22 unsere Gesellschaft bereichert durch die Immigration von Menschen, die sehr häufig
23 anderen Religionsgemeinschaften angehören.

24 Obwohl das Grundgesetz (Art. 4) die Religionsfreiheit garantiert, und letztlich damit auch die
25 Freiheit von Religion, wird mit dem konfessionellen Religionsunterricht gerade in
26 Grundschulen den christlichen Kirchen ein Privileg eingeräumt, das nicht länger zeitgemäß
27 und auch nicht an den Bedürfnissen vieler Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern
28 orientiert ist. Während Angehörigen der christlichen Glaubensgemeinschaften damit
29 entgegengekommen wird, sind Alternativen – besonders für konfessionsfreie Schülerinnen
30 und Schüler – rar gesät. Häufig bedeutet dies die Wahl zwischen der Teilnahme am
31 konfessionsgebundenen Unterricht oder aber den Ausfall desselben. Ein
32 religionsübergreifendes Angebot, wie z.B. das Fach „Werte & Normen“, findet sich häufig
33 erst sehr viel später an weiterführenden Schulen.

34 Darüber hinaus bestehen in Form von kirchlichen Veranstaltungen (z.B. Kindergottesdienste,
35 Konfirmandenunterricht) sowie Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft bereits zahlreiche
36 Möglichkeiten, um Kindern religionsbezogene Inhalte nahezubringen.

37 Staatliche Schulen haben hingegen einen gruppenübergreifenden Bildungsauftrag.

1 Unsere pluralistische Gesellschaft ist immer mehr auf die Schaffung, Wahrung und
2 Weitergabe gemeinsam gelebter Werte und Normen angewiesen, die über ein individuelles
3 religiöses Bekenntnis hinaus bereits Kindern Aspekte wie Menschenwürde, Demokratie, u.a.
4 vermitteln.

5 **Antragsbereich Europa und Internationales**

6 **E1 - Resolution - Weltoffenes Hannover – Weltoffene Jusos!**

7 AntragsstellerInnen: Juso-AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp

8 Die Juso Unterbezirkskonferenz beschließt, auch in Anbetracht des zusammenwachsenden
9 Europas im Europawahljahr 2014:

10 Wenn manche Menschen Unterkünfte für in Not geratene Flüchtlinge als „mietminderung“
11 ansehen, und Nazis sich in der List mit Szenemode eindecken wollen, dann setzen wir
12 dagegen ein klares Zeichen: **Weltoffenes Hannover – Weltoffene Jusos!** Wir wollen uns
13 noch intensiver dafür einsetzen, dass alle Kulturen bei uns eine Heimat finden – in der
14 Region Hannover, und bei den Jusos Region Hannover.
15

1	• Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit	35	Nous supportons expressément le travail de
2	der Willkommensinitiativen für	36	les initiatives de bienvenue pour des
3	Flüchtlinge und des Unterstützerkreises	37	réfugiés et du cercle de supporters abris de
4	Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V.	38	réfugiés Hanovre e.V.
5		39	
6	• Wir öffnen uns aktiv auch nicht-	40	• 我们为不讲德语的党员开放自己，
7	deutschsprachigen Mitgliedern, die bei	41	使他们加盟我们主动一起形成社会
8	uns aktiv werden möchten und mit uns	42	主义政治。
9	gemeinsam sozialistische Politik	43	
10	gestalten wollen.	44	• Our work program and central
11	• Wir stellen unser Arbeitsprogramm und	45	demands are to be published online,
12	unsere zentrale Forderungen auch in	46	in English as well as German, to reach
13	Englisch auf unsere Homepage, um so	47	even more interested young people,
14	noch mehr MitbürgerInnen mit unseren	48	and motivate them to join our cause.
15	Positionen erreichen und zu einer	49	
16	Mitarbeit motivieren zu können.	50	• Ma be donbale hamkariye doostane
17	• Wir suchen freundliche Partnerschaften	51	ba organhaye beynolmelali hastim
18	mit internationalen verbündeten	52	(baraye mesal: ba Young European
19	Organisationen (z.B. über die Young	53	Socialists ya International United of
20	European Socialists und die	54	Socialists Youth) vaseye behboodiye
21	International Union of Socialist Youth)	55	rabeteye siasi, farhangi va edjtemayi.
22	für den gemeinsamen politischen,	56	
23	kulturellen und sozialen Austausch.	57	• Mi podržavamo višejezičnost u svim
24		58	segmentima: u našem političkom
25	• Wir unterstützen Mehrsprachigkeit in	59	angažovanju i našim radnim
26	allen Bereichen; sowohl in unserer	60	aktivnostima hoćemo da omogućimo
27	Arbeit als auch in unseren politischen	61	razvijane višejezičnosti u
28	Forderungen durch Einsatz für	62	obrazovnom sistemu.
29	ausgeweitete Mehrsprachigkeit im		
30	Bildungssystem.		
31			
32	<u>Begründung:</u>		
33	Erfolgt mündlich.		
34			

1 **E2 - Europäische Jugendintegration muss bei uns beginnen - EFD in den Fraktionen**
2 **Hannovers jetzt verwirklichen**

3 AntragsstellerInnen: Juso-AG Linden-Limmer

4 Weiterleitung: SPD–Stadtverbandsparteitag und –Unterbezirksparteitag und an die SPD-
5 Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie an die SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis geben.

6 Wir fordern die Umsetzung des europäischen Freiwilligendienstes in den Fraktionen der
7 Stadt und der Region Hannover. Zum derzeitigen Zeitpunkt haben die Geschäftsstellen der
8 SPD–Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie der SPD–Regionsfraktion Hannover keine
9 europäischen Freiwilligen. Deshalb fordern wir die SPD–Ratsfraktion der Stadt Hannover
10 und die SPD-Regionsfraktion der Region Hannover dazu auf:

- 11 1) die Stadt- und Regionsverwaltung mit einem Prüfverfahren bezüglich der Schaffung
12 von Stellen für europäische Freiwillige in den Fraktionen zu beauftragen, diese
13 Prüfverfahren sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.
- 14 2) Bei positiven Beurteilungen sollen in den nächsten zwei Jahren die entsprechenden
15 Voraussetzungen geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir die SPD-Fraktionen
16 dazu auf, diese Stellen zur nächst folgenden Bewerbungsphase auszuschreiben.

17 Begründung:

18 Es müssen Anreize geschaffen werden, damit Jugendliche eine Chance auf dem Arbeitsmarkt
19 bekommen können. Es ist offensichtlich, dass viele europäische Märkte entweder
20 ausgelastet sind oder große Probleme haben. Es bedarf der europäischen Solidarität, um
21 jedem arbeitslosen Jugendlichen eine wirtschaftliche Zukunft zu gewähren.

22 Eine erste Möglichkeit könnte der Europäische Freiwilligendienst sein. Er bietet jungen
23 Menschen von 16 bis 30 Jahren die Möglichkeit zwischen zwei Monaten und zwölf Monaten
24 in einem anderen Land zu arbeiten. Dabei handelt es sich um eine gemeinnützige Tätigkeit in
25 den Bereichen Soziales, Jugend, Umwelt oder Kultur. Ziel des Europäischen Freiwilligen
26 Dienstes ist es, jungen Menschen die Chance zu geben, Kompetenzen zu entwickeln, die eine
27 aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und am Ausbau eines mobilen Europas
28 ermöglichen.

29 Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in den Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen
30 Union dramatische Ausmaße an. Fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keine Arbeit
31 oder einen Ausbildungsplatz. Damit sind nahezu sechs Millionen junge Menschen im Alter
32 zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. In manchen Regionen Spaniens und Griechenland sind
33 sogar über 70 % der jungen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen.

34 Deutschland, Niedersachsen und die Region Hannover haben im europäischen Vergleich eine
35 niedrige Jugendarbeitslosenquote bei den unter 25-jährigen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit
36 in Europa vernichtet nicht nur Zukunftsperspektiven von Millionen junger Menschen, sie
37 richtet in hohem Maß volkswirtschaftliche Schäden an. Laut einer Studie der Europa-
38 Universität Viadrina kostet die hohe Jugendarbeitslosigkeit die EU-Staaten jährlich rund 75
39 Milliarden Euro und hat für die Betroffenen zwischen 2009 und 2011 zu
40 Wohlstandsverlusten von fast 227 Milliarden Euro geführt (vgl. *Die Welt*, 23.09.2013). Neben

1 den Verlusten für die europäischen Volkswirtschaften sind die individuellen Folgen für die
2 von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen dramatisch. Ein misslungener Einstieg in das
3 Berufsleben birgt für jede Jugendliche und jeden Jugendlichen die Gefahr der Orientierungs-
4 und Perspektivlosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Vor diesem Hintergrund ist es geboten,
5 präventiv anzusetzen und den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu unterstützen. Eine
6 angemessene und qualifizierende schulische, universitäre oder duale Ausbildung ist der
7 beste Schutz gegen Jugendarbeitslosigkeit.

8 Der Europäische Freiwilligendienst ermöglicht jungen Menschen neue Erfahrungen im
9 Ausland zu sammeln und darüber hinaus eine neue Sprache zu lernen. Die Teilnahme an
10 Begleitseminaren und an einem Sprachkurs sowie die Betreuung durch einen TutorIn sind
11 obligatorisch. Die Kosten werden von der Europäischen Kommission getragen und
12 verursachen keine Kosten für die Auf- und Entsendeorganisationen.

13 Die Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie die Geschäftsstelle der
14 SPD-Regionsfraktion Hannover haben derzeit keine europäischen Freiwilligen. Die
15 Eingliederung eines jungen Menschen in die Rats- oder Regionsarbeit würde die kommunale
16 politischen Ebene öffnen und so eine neue Perspektive für die jungen Freiwilligen
17 ermöglichen.

18 Die SPD ist international auf allen Ebenen, dies gilt es überall zu verwirklichen - egal ob
19 kommunal oder international!

20 **E3 - Zufluchtsrecht für afghanische HelferInnen**

21 AntragsstellerIn: Juso-AG Vahrenwald-List

22 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

23 Wir fordern:

24 Allen afghanischen HelferInnen und ihren Angehörigen, die mit den internationalen
25 Streitkräften im Rahmen des internationalen Einsatzes der ISAF oder mit internationalen
26 Hilfsorganisationen in Afghanistan zusammengearbeitet haben, soll Aufnahme in
27 Deutschland gewährt werden, so sie dies wünschen. Ihnen wird finanzielle Unterstützung
28 gewährt und Hilfe beim Abschluss einer Ausbildung bzw. Studiums.

29 Begründung: Einige tausend AfghanInnen haben seit 2001 für die ISAF oder für internationale
30 Hilfsorganisationen gearbeitet. Diese Menschen und ihre Angehörigen sind in letzter Zeit
31 immer wieder Ziele von Anschlägen geworden.

32 Es muss sichergestellt werden, dass die HelferInnen in Zukunft nicht um ihr Leben fürchten
33 müssen - dies muss die Möglichkeit zur bedingungslosen Ausreise umfassen.

1 **Antragsbereich Feminismus**

2 **F1 - Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft**

3 AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

4 Weiterleitung an: Juso- Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz

5 Wir fordern, dass mindestens 40% der Führungspositionen in der Medizin auf allen
6 Hierarchiestufen, insbesondere ChefärztInnen und OberärztInnen in den kommunalen
7 Krankenhäusern bis 2018 mit Frauen besetzt werden.

8 Wir fordern die SPD in den jeweiligen Aufsichts- und Verwaltungsgremien auf, entsprechende
9 Beschlüsse herbeizuführen. Wir fordern zudem auch andere Juso-Gliederungen auf
10 gleichlautende Beschlüsse zu fassen.

11 Begründung:

12 Die Führungsebenen in der Medizin und in der medizinischen Wissenschaft gehören immer
13 noch zu den Bereichen, in denen erstaunlich wenige Frauen vertreten sind.

14 Obwohl die Medizin immer weiblicher wird, bleibt Frauen der Zugang zu den hohen
15 Hierarchieebenen weitestgehend verwehrt.

16 Der geringe Frauenanteil von unter 10 Prozent in den entscheidungstragenden Stellen in der
17 Medizin und Wissenschaft hat weitreichendere Folgen, als es zuerst erscheinen mag.
18 Flächendeckend entscheiden vor allem Männer, was angehende Ärztinnen und Ärzte lernen,
19 was und woran geforscht wird und auch wie Patienten behandelt werden. Erst wenn Frauen
20 im gleichen Anteil wie Männern Therapiekonzepte gestalten und die Richtung der Medizin
21 mitbestimmen können, kann man den Anforderungen des Gesundheitswesens für weibliche
22 und männliche Patienten gerecht werden.

23 Im Sinne der Gleichstellung ist es außerdem ungefragt erforderlich, dass der Frauenanteil in
24 der Klinik – und Institutsleitung der auf Assistenzarztebene entspricht und dass Frauen bei
25 gleicher Qualifikation im gleichen Tempo aufsteigen können wie Männer und so auch gleiche
26 Verdienstmöglichkeiten haben.

27 **F2- Einheitliche und sichere Finanzierung von Frauenhäusern**

28 AntragstellerInnen: Juso AG Südstadt-Bult

29 Weiterleitung: Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz

30 Eine sichere Finanzierung der Frauen- und Männerhäuser und Fachberatungsstellen auf der
31 Grundlage einer bundesgesetzlichen Regelung, sodass gewaltbetroffene Frauen und deren
32 Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe zusteht.

1 Dieser Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe gewaltbetroffener Frauen Soll den Frauen
2 zudem kostenlos zustehen.

3 Begründung:

4 Laut Bericht des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahre 2012 haben etwa 9000
5 hilfesuchende Frauen in Deutschland bundesweit –aufgrund fehlender Finanzen- keinen
6 Platz in einem Frauenhaus gefunden.

7 Bisher läuft die Finanzierung der Frauenhäuser im Regelfall auf der Basis freiwilliger
8 Leistungen der Länder und der Kommunen. Wer aber konkret für die Finanzierung der
9 Frauenhäuser zuständig ist, ist nicht klar geregelt. Aufgrund dessen schieben sich der Bund,
10 die Länder und die Kommunen die Verantwortung gegenseitig zu. Da es sich um freiwillige
11 Leistungen handelt, werden oft diese freiwilligen Leistungen zuerst eingespart, wenn der
12 Haushalt klamm ist. Die Finanzierung der Frauenhäuser darf allerdings nicht von der
13 Haushaltslage abhängen. Somit wird den Frauenhäusern die Planungssicherheit genommen.
14 Viel gravierender ist jedoch, dass den Frauen die Hilfe und der Schutz folglich verwehrt
15 bleibt. Fast die Hälfte aller Schutzsuchenden in Frauenhäusern sind Kinder, die von
16 häuslicher Gewalt mitbetroffen sind. Und gerade Kinder müssen vor Gewalt geschützt
17 werden. Der Staat ist aufgrund seiner Fürsorge- und Schutzpflicht dafür verantwortlich,
18 jeden Menschen vor allem aber Frauen und deren Kinder, welche von Gewalt betroffen sind,
19 Unterstützung zu gewähren.

20 **F3 - Feminismus beleuchten – bessere Straßenbeleuchtung**

21 AntragstellerInnen: Juso-AG Barsinghausen

22 Die Jusos Region Hannover beschließt:

23 Die Straßenbeleuchtung wird von Kommune zu Kommune einzeln geprüft, ob mehr
24 Straßenlaternen in spärlich beleuchteten Straßen aufgestellt werden, um die Menschen
25 besser zu schützen. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Gesundheit der
26 AnwohnerInnen und die Flora und Fauna nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

27 Begründung:

28 Besonders für Frauen ist es sehr unangenehm Nachts durch Straßen zu gehen, die kaum
29 beleuchtet sind und dadurch schlecht einsehbar sind. Da aber die Lichtverschmutzung und
30 der damit einhergehenden Störung des Biorythmus der besonders für Städte wichtigen
31 Pflanzen eh schon sehr groß ist, sollen Bewegungsmelder an den Laternen angebracht
32 werden, damit sie nicht länger als nötig leuchten.

1 Antragsbereich Gesundheit

2 G1 - Memento mori – Für ein Recht auf humanes Sterben

3

4 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

5 Weiterleitung an: den Unterbezirksvorstand zur Durchführung einer zugehörigen

6 Veranstaltung (der Antrag soll als Diskussionsgrundlage dienen)

7 Die Jusos Region Hannover fordern eine umfassende Reform der gesetzlichen Regelungen
8 zur medizinischen Sterbehilfe bei Schwerstkranken Menschen. Die Reform muss u. a.
9 folgende Punkte berücksichtigen:

- 10 1. die Einführung eines Gesetzes, das aktive Sterbehilfe (gezieltes und aktives
11 Herbeiführen des Todes) durch geschulte Ärzte und unter vorher sorgfältig
12 festgelegten Kriterien erlaubt,
- 13 2. eine strafrechtlich eindeutige Regelung, bei der passive Sterbehilfe (Unterlassen oder
14 Abbrechen lebensverlängernder Maßnahmen) durch Ärzte aus ethischen,
15 medizinischen oder humanitären Gründen nicht unter Strafe gestellt wird,
- 16 3. eine strafrechtliche Regelung, die assistierten Suizid (Beihilfe zur Selbsttötung bspw.
17 durch Bereitstellung tödlicher Medikamente) durch Ärzte grundsätzlich erlaubt und
18 bestehende Ausnahmen von der Straflosigkeit – etwa wegen unterlassener
19 Hilfeleistung – beseitigt.

20 Eine humane Sterbehilfe verlangt nach einer ausreichenden und professionellen
21 palliativmedizinischen Betreuung der Sterbenden. Deshalb fordern wir ferner:

- 22 4. Die palliativmedizinische Ausbildung von ÄrztInnen und PflegerInnen muss stärker
23 gefördert und die Neugründung palliativmedizinischer Betreuungseinrichtungen
24 vermehrt vorangetrieben werden.

25 Begründung:

26 In unserer immer älter werdenden Gesellschaft ist der Tod selten Thema. Er fristet ein
27 Schattendasein, wird verleugnet und ins gedankliche Abseits verdrängt. Dennoch ist der Tod
28 Teil des Lebens und sollte kein gesellschaftliches Tabu darstellen. Der Tod gehört zum Leben
29 und die Würde des Lebens verlangt, dass ein schwerstkranker Mensch selbst bestimmen
30 kann, wann sein Leben enden soll.

31 Obwohl der medizinische Fortschritt in den 200 Jahren vieles zum gesundheitlichen Wohl bis
32 ins hohe Alter und zur Linderung von Beschwerden bei Krankheit beigetragen hat, gibt es
33 schwerstkranke und unheilbar kranke Menschen, die in Würde sterben wollen. Zur Würde
34 des Menschen gehört ein Tod, der in jedem Fall friedlich und schmerzfrei und möglichst auch

1 selbstbestimmt erfolgt. Viele Menschen wollen im Sterben nicht künstlich am Leben
2 erhalten werden. Kranke Menschen wünschen sich, lieber früher als später aus dem Leben
3 zu scheiden und hoffen dabei auf professionelle Unterstützung.

4 ÄrztInnen, die in Deutschland wie in den meisten anderen Ländern dieser Erde unheilbar
5 Kranken dabei helfen, dem Leben selbst(bestimmt) ein Ende zu setzen, machen sich in den
6 allermeisten Fällen strafbar. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn keine schriftliche
7 Verfügung existiert oder eine mündliche Willensbekundung des Menschen nicht mehr
8 möglich ist. Nur in der Schweiz, in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden ist die
9 Sterbehilfe in unterschiedlichem Ausmaß und immer in einem engen gesetzlichen Rahmen
10 und unter genau definierten ethischen, humanitären und medizinischen Vorbedingungen
11 legal zugelassen.

12 Eine umfassende Regelung des rechtlichen Rahmens zur medizinischen Sterbehilfe hilft
13 zugleich, denjenigen Menschen, die sich in einer gesetzlichen Grauzone bewegen, weil sie
14 Schwerstkranken beim gewollten Suizid assistieren und dabei zugleich befürchten müssen,
15 sich strafbar zu machen. Nicht zuletzt gibt sie jenen Menschen Hoffnung auf einen
16 würdevollen Tod, die sterben wollen aber keinen Ausweg sehen und zum Sterben in jene
17 Länder reisen, in denen die Hilfe beim Sterben durch andere klar geregelt und legal ist.

18 **G2 - Kommunale Trägerschaft des Klinikum Region Hannover erhalten**

19 AntragsstellerInnen: *Juso AG Nordstadt*

20 Weiterleitung an die SPD Regionsfraktion Hannover.

21 Die Juso Unterbezirkskonferenz beschließt:

22 Die kommunale Trägerschaft des Klinikums Region Hannover auf Dauer zu erhalten, sowie
23 eine qualitativ gute und wohnortnahe Versorgung zu sichern.

24 Die Tarifbindung des öffentlichen Dienstes und Zusatzversorgungskasse für die Beschäftigten
25 zu erhalten.

26 Die strukturellen Defizite bei der Finanzierung der Krankenhäuser durch Land und Bund nicht
27 auf die Beschäftigten abzuwälzen. Also keine Konsolidierung mit Personalabbau zu
28 betreiben, sondern notwendige Investitionen finanziell mitzutragen und defizitäre Bereiche,
29 die aber für die kommunale Gesundheitsversorgung wichtig sind zu Bezuschussen.

30 Begründung:

31 Die duale Finanzierung der Krankenhäuser sorgt gerade in Niedersachsen für erhebliche
32 Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser. So ist damit zu rechnen, dass 70% aller
33 Krankenhäuser Niedersachsens mit einem Minus das Jahr beenden werden und 40% von
34 Insolvenz bedroht sind. Eine Blinddarm OP in Niedersachsen bringt z.B. wesentlich weniger

1 Geld ein als in NRW. Die Personalgehälter und Sachkosten sind aber gleich oder annähernd
2 gleich. Zudem sind die vom Land Niedersachsen bereitgestellten Investitionsmittel nicht
3 ausreichend. Das führt dazu, dass notwendige Investitionen, falls sie nicht vom Träger
4 übernommen werden, durch Personalkostensenkung (Tarifflucht, Personalabbau und
5 Outsourcing) finanziert werden. Qualität in der Versorgung ist so nur sehr schwer oder gar
6 nicht zu halten.

7 Als kommunaler Arbeitgeber dürfen aber nicht nur die Kosten von Bedeutung sein!

8 Die Arbeitnehmer müssen auch ein Gehalt bekommen von dem sie jetzt und im Alter leben
9 können und nicht zu Aufstockern werden. Hierfür ist der Erhalt von Tarifbindung und
10 Verbleib in der Zusatzversorgungskasse (betriebliche Rente) essentiell wichtig.

11 Die Patienten brauchen zudem eine qualitativ hochwertige Versorgung. Das kostet Geld.
12 Wenn die vorhandenen Finanzierungsstrukturen nicht ausreichen ist dies ein Thema dem
13 sich die Kommune annehmen muss. Der pflegerische Bereich arbeitet nachprüfbar im KRH
14 sehr effizient. Personalabbau gefährdet die Qualität und auch die Gesundheit der
15 Beschäftigten vor Ort.

16 Anträge zu einer Veränderung der Finanzierungsstruktur wurden in den Vorjahren gestellt.
17 Dieser Antrag hat den Zweck, den Problemen regional und kurzfristig entgegen zu wirken
18 und einen Zeitraum zu schaffen, um mittel- bis langfristig strukturelle Veränderungen
19 durchzusetzen.

20 **G3 - „Kein Mensch ist illegal – Jeder Mensch hat das Recht auf medizinische Versorgung“**
21 AntragsstellerInnen: Juso-AG Linden-Limmer

22 Weiterleitung an die SPD-Stadtratsfraktion der Stadt Hannover sowie an die SPD-
23 Regionsfraktion

24 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

25 Die Jusos Region Hannover fordern die Stadtratsfraktion der Stadt Hannover sowie die SPD-
26 Regionsfraktion dringend auf, „MediNetz Hannover – Medizinische Flüchtlingsberatung
27 e.V.“¹ seitens der Stadt Hannover sowie der Region strukturell zu fördern.

28 Begründung:

29 Das MediNetz Hannover ist ein ehrenamtlicher Verein, der sich insbesondere um die
30 medizinischen Nöte von Menschen ohne geklärten Aufenthaltsstatus kümmert. Der Verein
31 existiert bereits seit 1998 und finanziert sich aus Spenden und einigen wenigen

¹ Mehr Informationen findet Ihr unter <http://www.medinetz-hannover.de/> .

1 Mitgliedsbeiträgen. Einmal in der Woche bietet der Verein eine Sprechstunde an und
2 vermittelt Betroffene an kooperierende ÄrztInnen, Hebammen usw., von denen sie eine
3 kostenlose Behandlung erhalten. MediNetz Hannover besteht zum Großteil aus
4 ehrenamtlich agierenden MedizinstudentInnen. Neben der wöchentlichen Sprechstunde gibt
5 es außerdem ein Notfalltelefon. In Göttingen erhält MediNetz bereits eine strukturelle
6 finanzielle Förderung, dies soll nun auch in Hannover passieren.

7 Jeder Mensch hat ein Anrecht auf körperliche Unversehrtheit und medizinische Versorgung
8 - unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Papieren. Leider besteht für die Betroffenen immer
9 noch eine große Hemmschwelle im Fall von Krankheit oder Schwangerschaft einE ÄrztIn
10 aufzusuchen - aus Angst, Konsequenzen fürchten zu müssen und nicht anonym zu bleiben.

11 MediNetz Hannover leistet einen wichtigen Beitrag zum menschenwürdigen Umgang mit
12 Flüchtlingen und Menschen ohne geklärten Aufenthaltstitel.

13 **Antragsbereich Inneres**

14 **I1 – Resolution: Schöner leben ohne Nazi-Läden!**

15 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

16

17 Im September 2013 eröffnete in Hannover-List, in der Podbilskistraße, der Laden „Tønsberg“,
18 der unter anderem auch Kleidung der neonazistischen Marke Thor Steinar vertreibt. Im
19 Gegensatz zu anderen Sportmarken, die von der rechten Szene vereinnahmt wurden, gab es
20 Kleidung der Marke Thor Steinar anfangs fast ausschließlich bei Nazi-Versandhäusern zu
21 kaufen. Basierend auf germanischer Tradition und völkischer Symbolik, erlangte die Marke in
22 der rechten Szene schnell große Beliebtheit.

23 Die Bekleidung dieser Marke wirkt identitätsstiftend und dient als Erkennungszeichen unter
24 Mitgliedern des rechten Spektrums. Über den Vertrieb von rechter Kleidung hinaus, dient
25 der Laden „Tønsberg“ als Treffpunkt für Menschen, die in der rechten Szene aktiv sind. So
26 konnte beobachtet werden, dass sich einige Besucherinnen und Besucher des Ladens oftmals
27 stundenlang dort aufhielten. Dies deutet darauf hin, dass Nationalsozialistinnen und
28 Nationalsozialisten diesen Laden als Anlaufpunkt nutzen, um ein Netzwerk rechter
29 Ideologien zu spannen. Der Laden lockt mittlerweile Neonazis aus ganz Norddeutschland an.

30

31 Dies ist für die Jusos Region Hannover nicht hinnehmbar!

32 In unserer toleranten und weltoffenen Region ist kein Platz für rechtes Gedankengut, wir
33 werden es nicht dulden, dass sich in der Region Hannover ein Treffpunkt für aktive
34 Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten entwickelt.

1 Daher setzen wir uns geschlossen gegen den Laden „Tønsberg“ ein und unterstützen alle
2 friedlichen Aktionen, die sich gegen diesen richten, damit der Laden schnellst möglich
3 geschlossen wird und die Region Hannover nicht langfristig zu einem Nazi-Treffpunkt wird!
4

5 Daher gilt es für die Jusos Region Hannover, alle Kraft daran zu setzen, dass dieser Laden
6 verschwindet!

7 **I2 - Dann lieber nackt! –Verbot von Kleidung der Marke „Thor Steinar“ in Stadien!**

8 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

9 Weiterleitung an: SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion

10 Wir fordern die Landtags- und die Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, das
11 Tragen von Kleidung, die Schriftzüge oder Symbole rassistischer, fremdenfeindlicher,
12 gewaltverherrlichender, diskriminierender, sowie rechtsradikaler Tendenz zeigen, bei
13 Fußballspielen durch die Stadionordnungen aller deutschen Profifußballvereine verboten
14 wird.

15 Dabei soll die Bundestagsfraktion die deutschen Fußballvereine dazu auffordern, explizit das
16 Tragen von Bekleidung der Marke „Thor Steinar“ durch die Stadionordnungen zu verbieten.
17 Zudem soll die Möglichkeit eines solchen Verbotes in allen Profi-Sportarten überprüft
18 werden.

19 Desweiteren solle OrdnerInnen gezielte Schulungen erhalten, damit diese in der Lage sind,
20 rechte Symbole zu erkennen und entsprechend zu handeln. Ferner soll durch diese
21 Schulungen auch verhindert werden, dass Rechten die Möglichkeit geboten wird sich als
22 OrdnerInnen in Stadien aufzuhalten.

23 Begründung:

24 In einigen Stadien deutscher Bundesligisten ist das Tragen von Kleidung der Marke „Thor
25 Steinar“ bereits verboten (z.B. Werder Bremen, Hertha BSC Berlin, Dynamo Dresden etc.),
26 um ein deutlichen Zeichen gegen rechte Ideologien zu setzen und sich von diesen zu
27 distanzieren.

28 Des Weiteren ist ein Fußballspiel kein Ort, an dem Platz für rechte Ideologien ist! Es muss
29 unterbunden werden, dass in Stadien durch das Tragen entsprechender Kleidung rechte
30 Meinungen propagiert werden oder junge Stadionbesucherinnen und –besucher offen von
31 der rechten Szene angeworben werden können.

1 **I4 - Rassismus zerstört Vertrauen - Vier Schritte, die die Niedersächsische Polizei jetzt**
2 **gehen muss**

3 AntragsstellerInnen: Juso-AG Vahrenwald-List

4 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

5 Die Mordserie der NSU wurde vor zweieinhalb Jahren aufgedeckt. Leider mussten wir
6 feststellen, dass die Polizei in Deutschland nicht in der Lage war diese Morde aufzudecken
7 und Ermordungen zu verhindern. Das Verhalten der Polizei im Falle der NSU-Morde und
8 anderer rechter Übergriffe und Terrorakte war und ist auch durch eine unerträgliche
9 Mischung aus Verharmlosung, Ignoranz und rassistischer Vorannahmen gekennzeichnet. Das
10 Vertrauen vieler Menschen in die Polizei wurde dadurch nachhaltig zerstört. Die Einsicht in
11 das Fehlverhalten, ein grundlegendes Umdenken und konkrete strukturelle Konsequenzen
12 für die Polizeiarbeit sind heute dringend notwendig. Deshalb sind strukturelle
13 Veränderungen an der Arbeit der Polizei erforderlich.

14 1. Einstellungsforschung

15 Bei den polizeilichen Ermittlungen zu den NSU-Morden wurde Rassistische Motivationen
16 systematisch unterbewertet oder vorschnell ausgeschlossen. Stattdessen wurden primär
17 Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen im Ausland verdächtigt. Diese
18 stereotype und von Vorurteilen geprägte Vorgehensweise deutet auf ein
19 Haltungsproblem in der Polizei hin. Vor dem Hintergrund, dass heute mindestens 8,2
20 Prozent der deutschen Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen,
21 sind auch für die Polizei valide Daten erforderlich, wo unzureichende Sensibilität im
22 Hinblick auf Rassismus besteht.

23 2. Aus-und Weiterbildung

24 Die Polizei muss dem Umstand begegnen, dass auch sie nicht abgekoppelt von
25 gesellschaftlichen Einstellungen ist und deshalb auch bei ihren MitarbeiterInnen rassistische
26 Ressentiments vorhanden sind. Dieses darf nicht als Tabuthema behandelt werden. In Aus-
27 und Weiterbildung können stereotype und rassistische Vorurteile hinterfragt und die
28 Sensibilisierung gegenüber Betroffenen erhöht werden. Der Europäische Kodex der
29 Polizeiethik hält fest: „In der polizeilichen Ausbildung wird umfassend berücksichtigt, dass
30 eine Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
31 notwendig ist.“ Die Auseinandersetzung mit Diskriminierung sowie mit aktuellen Codes der
32 rechtsradikalen Szene muss mit Nachdruck und verbindlich in das Curriculum des

1 Polizeidienstes aufgenommen und in beruflichen Weiterbildungen nachhaltig weiterverfolgt
2 werden.

3 3. Interkulturelle Öffnung der Polizei

4 Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Neueinstellungen konnte in
5 Niedersachsen auf 18 Prozent im Jahr 2013 erhöht werden. Der Anteil Auszubildender mit
6 Migrationshintergrund im gehobenen Dienst der Schutzpolizei ist allerdings weiterhin sehr
7 gering. Gerade diese Abteilung ist auf der Straße oftmals in direktem Kontakt mit den von
8 rechtsextremer und rassistischer Gewalt Betroffenen, deshalb ist es gerade hier notwendig,
9 diese Quote zu erhöhen. In Niedersachsen muss die Vielfalt der Gesellschaft auch in den
10 Behörden der Strafverfolgung repräsentiert werden.

11 4. Unabhängige Untersuchungs- und Beschwerdekommision

12 Rassistisches Verhalten von PolizistInnen muss zukünftig systematisch aufgearbeitet und
13 verhindert werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Rassismus als möglicher

14 Tathintergrund bei den polizeilichen Ermittlungen konsequent in Betracht gezogen wird.
15 Dazu sind eindeutige Anweisungen für Polizeibeamte notwendig. Zudem bedarf es der
16 Einrichtung einer unabhängigen und kontinuierlich arbeitenden Kommission, die als
17 Untersuchungs- sowie als Beschwerdestelle fungiert. Diese Kommission kontrolliert und
18 untersucht die Arbeit der Polizei und wird sowohl auf Anlass als auch aus eigenem Ermessen
19 tätig. Sie muss ihre Ergebnisse in den politischen Raum kommunizieren. Erfahrungen
20 insbesondere aus Großbritannien zeigen, dass diese Arbeit nur dann effektiv ist, wenn sie
21 unabhängig –d.h. ohne institutionelle und hierarchische Verbindung zur Polizei –
22 durchgeführt wird.

23

24 **15 - Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!**

25 AntragsstellerInnen: Jusos Hannover-Südost

26 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

27

28 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

29

30 Die Jusos Region Hannover fordern die SPD-Landtagsfraktion und die niedersächsischen SPD-
31 Bundestagsabgeordneten auf, ...

32

33 1. Sich für die Wiederaufnahme der systematischen Suche nach Blindgängern aus dem
34 Zweiten Weltkrieg einzusetzen;

- 1 2. Sich für eine Beteiligung der Bundesregierung an den Kosten für die Suche, Beseitigung
2 und Entschärfung von vor 1945 produzierten Kampfmitteln einzusetzen;
- 3 3. Sich für eine schnellere und effektivere Beseitigung der noch vorhandenen Blindgänger
4 einzusetzen. Ein Zeitrahmen von noch geschätzt 20 Jahren stellt keine akzeptable
5 Gefahrenabwehr dar.
- 6 4. Diese Form der Gefahrenabwehr darf in Zukunft keine freiwillige und rein kommunale
7 Aufgabe sein.

8 Begründung:

9 Auch mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gehen von Blindgängern weiterhin
10 erhebliche Gefahren aus. Jährlich werden in Deutschland ca. 5.500 Blindgänger entschärft.
11 Schätzungen gehen allerdings davon aus das es in Deutschland noch ca. 100.000
12 unentdeckte Blindgänger gibt, bei insgesamt wohl 200.000. Nach momentan gültigem Recht
13 sind die Bundesländer für herrenlose vor 1945 nicht in Deutschland produzierte Kampfmittel
14 allein zuständig. Der Bund trägt die Verantwortung für Kampfmittel der Wehrmacht und
15 beteiligt sich ansonsten nicht an den Kosten für die Suche und Beseitigung der anderen
16 Blindgänger. Erschwerend hinzu kommt in Niedersachsen die unter Schwarz-Gelb 2012
17 beschlossene Einstellung der systematischen Suche nach Blindgängern. Dadurch müssen die,
18 für die Suche notwendigen, Kosten durch die Kommunen übernommen werden. Dies führte
19 in weiten Teilen zum Ende der Suche nach Blindgängern, allerdings darf die Beseitigung der
20 Gefahren durch Blindgänger nicht von der Haushaltslage der Kommunen abhängig sein und
21 muss Aufgabe der Allgemeinheit werden.

22 **I6 - Gegen Radikalnationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wölfen**

23 AntragstellerIn: Juso-AG Vahrenwald-List
Weiterleitung: Landes- und Bezirkskonferenz

24 Wir fordern, die Mitgliedschaft bei den Grauen Wölfen mit einer Mitgliedschaft der SPD für
25 unvereinbar zu erklären.

26 Begründung:

27 Die Grauen Wölfe sind eine rechtsradikale türkische Organisation, die für viele
28 Gewaltaktionen und Morde in der Türkei verantwortlich ist. Ihr Ziel ist es, ein
29 großosmanisches Reich vom Balkan bis China zu errichten und die anderen Ethnien und
30 Nationen zu unterdrücken. Zu diesen Feindbildern gehören unter anderem Juden, Christen,
31 Kurden, Griechen, Armenier, Freimaurer, der Vatikan und die Vereinigten Staaten. Es waren

1 paramilitärische Trupps der Grauen Wölfe, die nach dem Militärputsch 1980 in der Türkei
2 linke AktivistInnen und PolitikerInnen folterten und töteten.

3 Die Organisation ist nicht nur in der Türkei aktiv, sondern auch in Europa, insbesondere in
4 Deutschland. Dabei geben sie sich als DemokratInnen aus, um in deutschen Parteien Einfluss
5 zu gewinnen. So nutzen sie das Interesse der Parteien, Mitgliedern mit
6 Migrationshintergrund für sich zu gewinnen, aus, treten massenhaft ein und beanspruchen
7 Verantwortung innerhalb der Organisation. Dies trifft auch auf die SPD zu.

8 Die SPD sollte aber als linksemanzipatorische Partei den Anspruch haben
9 Radikalnationalismus abzulehnen und keinen Freiraum einzuräumen. Bereits jetzt gibt es
10 Unvereinbarkeitsregelungen mit deutschen rechtsradikalen Parteien und Organisationen.

11 **Antragsbereich Soziales, Arbeit, Wirtschaft**

12 **S1 - Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten**

13 AntragsstellerIn: Juso-AG Vahrenwald-List

14 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz und höhere Gremien der SPD

15

16 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließt:

17 Die Jusos Region Hannover fordern eine Ausweitung der Plätze, die Deutschland für das
18 UNHCR Resettlement-Programm zur Verfügung stellt. Es sollten jährlich 5 000
19 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt werden.

20 Begründung:

21 Das Resettlement-Programm des UNHCR bietet Flüchtlingen die Möglichkeit sich in einem
22 Drittland ein neues Leben aufzubauen. Dafür müssen sie aus ihrem Heimatland in ein
23 Nachbarland geflohen sein, dass nicht in der Lage ist sie dauerhaft aufzunehmen. Zwar
24 bietet das Programm damit nur bestimmten Flüchtlingen Schutz, ist allerdings neben dem
25 Asylrecht ein weiteres sinnvolles Instrument um Flüchtlingen aus ihrer unverschuldeten Lage
26 einen Ausweg zu bieten.

27 Die Innenministerkonferenz hat beschlossen insgesamt 10 000 Plätze für syrische Flüchtlinge
28 bereit zu stellen. Ab 2015 sollen jährlich 300 Flüchtlinge aufgenommen werden. Das reicht

1 bei weitem nicht aus. Laut UNHCR werden in den nächsten 5 Jahren 800 000 Menschen
2 Plätze benötigen. Zur Verfügung stehen jedoch nur 80 000. Die Meisten werden von den
3 USA, Kanada und Australien aufgenommen. Um den Menschen, die vor Krieg und schweren
4 Menschenrechtsverletzungen fliehen, eine Chance auf ein neues Leben zu bieten, sollte sich
5 die Bundesrepublik zu einer größeren Aufnahme bereit erklären.

6 **S2 - Ausbildungsververtretungen stärken**

7 AntragsstellerInnen: Juso-AG Nordstadt

8 *Weiterleitung: Bezirkskonferenz*

9 Die Juso Unterbezirkskonferenz Region Hannover möge beschließt:

10 Die Rechte und Befugnisse von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) im Bereich
11 des Betriebsverfassungsgesetz zu stärken.

12 Hierzu fordert die Juso AG Nordstadt:

- 13 1. Das Wahlrecht, Wählbarkeit und die Zuständigkeit der Jugend- und
14 Auszubildendenvertretung auf alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter,
15 auszuweiten.
- 16 2. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen eigenständige Beschlüsse, die
17 nicht vom Betriebsrat bestätigt werden müssen, fällen können, damit sie als
18 unabhängiges Gremium handeln können.
- 19 3. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen bei Angelegenheiten, die
20 überwiegend Auszubildende betreffen, eine eigenständige Mitbestimmung haben.
21 Die zusätzlich zu dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates besteht.
- 22 4. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen das Recht und die Pflicht haben,
23 bei Bewerbungsgesprächen anwesend zu sein und über die geltenden Gesetze zu
24 wachen.
- 25 5. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen müssen bei Angelegenheiten, die
26 Azubis betreffen direkt vom Arbeitgeber informiert werden. Zusätzlich soll die JAV
27 mindestens einmal pro Quartal zu einer gemeinsamen Besprechung mit dem
28 Arbeitgeber zusammentreten. Hierzu kann die JAV eine/n VertreterIn des BR
29 einladen.
- 30 6. Jugend- und Auszubildendenvertretungen dürfen eigenständig, zu einem
31 selbstgewählten Zeitpunkt zu einer Jugend- und Auszubildendenversammlung (JA

- 1 Versammlung) einladen. Zu dieser dürfen alle Auszubildenden kommen. Die JAV
2 muss mindestens einmal pro Halbjahr eine JA-Versammlung durchführen.
- 3 7. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen ein einfaches Stimmrecht bei
4 Themen die Auszubildende betreffen, in BR Sitzungen haben.
- 5 8. Von ihrer beruflichen Tätigkeit sind mindestens freizustellen: Ab Gremien mit 5
6 Mitgliedern 0,5 Stellen und für jeweils zwei weitere Mitglieder, 0,5 Stellen mehr. Die
7 Freistellung muss von ausgelernten Mitgliedern der JAV wahrgenommen werden.

8 Begründung:

9 Derzeit brauchen JAVn im Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes Genehmigungen des
10 Betriebsrats. Selbstständig können sie kaum handeln. Die Arbeit kann sich so stark
11 verzögern. Jeder Beschluss benötigt einen weiteren Beschluss vom Betriebsrat. Somit ist
12 man auch von der Sitzungsplanung des Betriebsrates stark abhängig. In Bereichen, in denen
13 überwiegend Auszubildende betroffen sind haben JAVn zwar ein Stimmrecht, allerdings ist
14 die Stimmanzahl strukturell bedingt immer unter 50%.

15 Die Zuständigkeit und die Wählbarkeit sollten erweitert werden, da z.B. momentan ein/e
16 Auszubildende/r über 25 Jahren, im Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes, kein Anrecht
17 hat, an Jugend- und Auszubildendenversammlungen teilzunehmen. Formal ist auch
18 ausschließlich der Betriebsrat für ihn zuständig. Das schafft Auszubildende zweiter Klasse.
19 Durch die aktuelle Wählbarkeit kann sich ein Auszubildender über 25 Jahren auch wesentlich
20 schwieriger für seine Interessen und Belange einsetzen.

21 Der Betriebsrat und die JAV sind zwei Gremien, die durch Sitzungen, Zuständigkeiten,
22 Themen und Interessen stark miteinander verbunden sind. Die Stärkung der
23 Eigenständigkeit, der JAV begünstigt allerdings eine Kommunikation auf Augenhöhe und
24 ermöglicht eine direktere Interessenvertretung für Azubis.

25 Die Einführung eines eigenständigen Mitbestimmungsrechts, Quartalsgespräche mit dem
26 Arbeitgeber und der direkten Beschlussfähigkeit unterstützen das.

27 Das einfache Stimmrecht der JAV bei Themen die auch Auszubildende betreffen, bindet die
28 JAV stärker in Themen des gesamten Betriebes ein. Zudem wird der Dialog mit dem
29 Betriebsrat gefördert.

30 Eine Freistellung von JAV Mitgliedern erfolgt momentan nur bedarfsmäßig. Eine pauschale
31 Freistellung ist gesetzlich nicht berücksichtigt, aber auch nicht verboten.

1 **S3 - Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung**

2 AntragsstellerIn: Juso AG Südstadt-Bult

3 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

4

5 Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

6 Auszubildende und Lehrlinge leisten in den Betrieben wertvolle Arbeit für das
7 Ausbildungsunternehmen. Gerade in fortgeschrittenen Lehrjahren arbeiten viele zum Teil
8 gleichwertig mit den Fachkräften. Ihre Arbeit ist somit auch ein Beitrag zur Stärke der
9 deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Mittelstands.

10 In Anerkennung dessen fordern die Jusos Südstadt-Bult:

- 11 1. Die sog. Geringverdiener-Grenze für ArbeitnehmerInnen soll von derzeit 325 Euro auf
12 mindestens 400 Euro angehoben werden. Auszubildende mit einer
13 Ausbildungsvergütung unterhalb dieser Geringverdiener-Grenze zahlen keinen
14 Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung. Die Beiträge zu allen Zweigen der
15 Sozialversicherung werden ausschließlich vom Arbeitgeber getragen. Das würde
16 Auszubildende mit einer geringen Ausbildungsvergütung besonders entlasten.
- 17 2. Die „Gleitzone-Regelung“ soll auf Ausbildungsverhältnisse mit einer Vergütung
18 oberhalb der Geringverdiener-Grenze übertragen werden. In dieser Gleitzone, von
19 der Geringverdiener-Grenze (siehe 1., min. 400 Euro) bis zu einem Betrag von 850
20 Euro, zahlt der Arbeitgeber seinen vollen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung,
21 der/die Auszubildende hingegen nur einen reduzierten Arbeitnehmeranteil. Mit
22 steigender Höhe der Ausbildungsvergütung steigt dementsprechend auch der
23 Sozialversicherungsbeitrag, bis ab 850 Euro der volle Arbeitnehmeranteil erreicht
24 wird.
- 25 3. Für alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse muss gelten: kein Lohn unter 8,50€
26 pro Stunde. Für Ausbildungsverhältnisse bekräftigen wir unsere Forderung nach einer
27 Mindestausbildungsvergütung, die deutlich über 400€ pro Monat liegen muss.

28 Durch die genannten Maßnahmen sollen Auszubildende hinsichtlich ihrer
29 Sozialversicherungsbeiträge eine Entlastung erfahren, trotzdem sind sie in beiden Fällen
30 durch die Sozialversicherung vollumfänglich abgesichert. Die geforderten Regelungen sollen
31 auch für ArbeitnehmerInnen Anwendung finden, die ein Praktikum, ein duales Studium oder
32 ein freiwilliges ökologisches/soziales Jahr (ebenso: Bundesfreiwilligendienst) absolvieren
33 bzw. als Doktoranden beschäftigt sind.

34 Begründung

35 Die neue schwarz-rote Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag zwar die Geltung des
36 Mindestlohns für die genannten betrieblichen Aus- und Weiterbildungsformen nicht
37 ausgeschlossen. Dennoch wird dies gegen den Willen der CDU/CSU wohl nicht

1 durchzusetzen sein. Die hier gestellten Forderungen sind hingegen ein pragmatischer und
2 umsetzbarer Weg, um junge Menschen in Ausbildungs-verhältnissen bei den
3 Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten.

4 Zu 1.) Die Geringverdiener-Grenze in der Berufsausbildung von 325 Euro wurde bereits im
5 Jahre 2003 für einige Monate auf 400 Euro angehoben. Mit Blick auf niedrige tarifliche
6 Ausbildungsvergütungen in den Neuen Bundesländern (zum großen Teil zw. 325 und 400
7 Euro) wurde die Erhöhung zurückgenommen, gerade um die Ausbildungsbereitschaft im
8 Handwerk nicht zu gefährden. Nach weit über 10 Jahren ohne Anhebung dieser Grenze,
9 besteht nun Handlungsbedarf. Schließlich hat sich die Wirtschaft seit dem entwickelt, Löhne
10 und Gehälter sind gewachsen und die Rezession in der nahen Vergangenheit scheint
11 überwunden. Mehr als ein Jahrzehnt mit dementsprechender Geldentwertung – das
12 bedeutet, dass auch unter dem Aspekt des Inflationsausgleiches eine Anhebung auf 400
13 Euro notwendig ist.

14 Zu 2.) Die Beschäftigung in der Gleitzone wird schon seit längerem praktiziert, es spricht aus
15 praktischer Sicht nichts gegen eine Übertragung auf die Berufsausbildung. Durch die
16 Gleitzone wird vermieden, dass der/die ArbeitnehmerIn mit Überschreiten der
17 Geringverdiener-Grenze von 0 % sofort auf den normalen Arbeitnehmeranteil zur
18 Sozialversicherung (über 20% vom Bruttolohn) springt. Stattdessen erhöht sich sein Anteil
19 progressiv mit der Höhe der Ausbildungsvergütung und erreicht erst ab 850 Euro den vollen
20 Anteil. Bei einer Ausbildungsvergütung i.H.v. 450 Euro würde so etwa eine Entlastung von
21 knapp 43 Euro wirksam werden, mit steigender Vergütung verringert sich dieser Betrag.

22 Eine Geltung für PraktikantInnen und duale StudentInnen usw. ist eine angebrachte
23 Konsequenz, um der Vielfalt und Vielgestaltigkeit von Ausbildungswegen in Deutschland
24 gerecht zu werden. Neben dem Kampf gegen Studiengebühren müssen SPD und Jusos
25 immer auch andere Ausbildungsformen und –Wege im Blick behalten und für eine
26 Entlastung der sich bildenden jungen Menschen kämpfen.

27 Zur Gegenfinanzierung der Mindereinnahmen aus der Einführung einer Gleitzone im
28 Ausbildungsbereich werden die von der SPD geforderten Reformen der Sozialversicherung
29 nötig sein. Eine wirklich „Bürgerversicherung“ im Gesundheitsbereich gepaart mit der Juso-
30 Forderung nach einer Beitragsbemessung nach allen Einkünften (somit auch Kapitalerträge,
31 Mieteinnahmen, etc.) sind dabei Grundvoraussetzungen. Die daraus erwarteten
32 Mehreinnahmen könnten und sollten zur Entlastung der Auszubildenden eingesetzt werden.

1 **S4 - Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich jetzt!**

2 AntragsstellerIn: Juso AG Nord-West

3 Weiterleitung an: Juso Unterbezirksvorstand

4

5 Die Jusos Region Hannover beschließt

6 Wir fordern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Reduzierung der Arbeitszeit auf
7 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

8 Begründung:

9 Die zu verrichtende Arbeit verteilt sich auf mehr Schultern. Somit wird verhindert, dass sich
10 Menschen „totarbeiten“ und andere dagegen keine Arbeit haben. Dadurch dass mehr
11 Menschen arbeiten, werden außerdem die Staatskassen entlastet, da mehr Steuern
12 eingezahlt werden. Von diesen Geldern können wiederum mehr soziale und
13 daseinsfürsorgliche Aufgaben vom Staat wahrgenommen werden.

14 10 Stunden mehr Freizeitausgleich in der Woche können schon Erhebliches bewirken in
15 Bezug auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Beschäftigten. Geringere Arbeitszeit
16 bedeutet mehr Zeit für die Familie und Freunde, für körperliche und geistige Erholung, für
17 die persönlichen Hobbies, ebenso Zeit für soziales Engagement in Vereinen, Verbänden oder
18 Parteien und Zeit für außerberufliche Weiterbildungen.

19 Beruflicher Stress und Zeitmangel führen häufig zu psychischen und physischen Krankheiten.
20 Dies ist mittlerweile ein ständiger Begleiter vieler Beschäftigten geworden, was immense
21 Gesundheitskosten und Fehlzeiten verursacht. Durch eine Arbeitszeitverkürzung kann dieses
22 Problem reduziert oder behoben werden.

S5 - Generalunternehmen sind auch für Missstände bei Subunternehmen verantwortlich!

23 Antragssteller: Jusos Hannover-Südost

24 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

25

26 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

27

28 Die Jusos Region Hannover fordern die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten
29 auf, ...

30

31 sich für eine bundesweite Änderung im Gewerbeamt einzusetzen und daraufhin zu wirken,
32 dass bei sanktionierbarem Handeln von Subunternehmen auch die beauftragenden

1 Generalunternehmen zur Rechenschaft gezogen werden. Generalunternehmen müssen in
2 Zukunft für alle bei und/oder durch sie Beschäftigten dieselben Standards gewährleisten und
3 dürfen sich nicht aus der Verantwortung stellen.

Begründung:

4 Gerade im Bauwesen, aber nicht nur dort, kommt es regelmäßig vor das Teilaufgaben von
5 Generalunternehmen an Subunternehmen weitergegeben werden. Subunternehmen bieten
6 allerdings deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen und sind anfälliger für Schwarzarbeit
7 oder schlechte Unterbringungsbedingungen ihrer abhängig Beschäftigten. Wenn die
8 Gewerbeaufsicht oder der Zoll solche Zustände feststellt wird der Subunternehmer zur
9 Rechenschaft gezogen und wird sanktioniert, der Generalunternehmer ist davon bislang
10 nicht betroffen und kann den durch den Missbrauch entstandenen Wettbewerbsvorteil für
11 sich nutzen und verhindert damit einen faireren Wettbewerb.

12 **S6 - Den Wert von Arbeit sichern – Begrenzung von geringfügigen**
13 **Beschäftigungsverhältnissen**

14 AntragstellerIn: Juso AG Südstadt-Bult

15 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

16 Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

17 Wir fordern eine Begrenzung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf 40 % der
18 insgesamt Beschäftigten bei Betrieben ab einer Größe von 3 MitarbeiterInnen.

19 Begründung:

20 Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verdrängen „Minijobs“
21 insbesondere in der Dienstleistungsbranche die regulären Beschäftigungsverhältnisse.
22 Betroffen sind insbesondere Betriebe mit einer Zahl von unter 10 Mitarbeitern, bei großen
23 Betrieben ist der Anteil wesentlich geringer. Aufgrund dieses offensichtlichen Missbrauchs
24 ist eine Begrenzung dieser Beschäftigungsform unausweichlich, mit dem Zweck, reguläre
25 Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. „Minijobs“ sind auf derzeit 450 € mtl. begrenzt, in
26 der Regel ist der Lohn von Steuern und Beiträgen befreit (Ausnahme Verzicht auf
27 Versicherungsfreiheit), der Sozialversicherungsschutz erhält dadurch Lücken bzw. entfällt
28 vollends. Dadurch wird soziale Ungleichheit geschaffen, was zu bekämpfen ist. Da wir aber
29 nicht die „kleinen“ Selbstständigen belasten wollen, die saisonal bzw. zur gelegentlichen
30 Unterstützung auf diese Beschäftigungsform zurückgreifen, gilt die Obergrenze erst ab einer
31 Betriebsgröße von 3 MitarbeiterInnen.

1 **S7- Autismusbegleithunde**

2 AntragsstellerIn: Juso AG Nord-West

3 Weiterleitung an: Juso-Bundesverband, SPD-Bundestagsfraktion

4 Die Jusos Region Hannover mögen beschließt:

5 1. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu
6 schaffen, dass Autismusbegleithunden als Hilfsmittel gemäß §33 SGB V anerkannt werden.
7 Zugleich müssen wissenschaftliche Untersuchungen zur Wirkung von Tieren auf den
8 Gesundheitszustand von AutistInnen ausgeweitet werden

9 2. Auf die (nicht-medikamentöse) Tier-Therapie von AutistInnen muss zurückgegriffen
10 werden, wenn der/ die PatientIn dies ausdrücklich wünscht.

11 3. Gleiches wie unter 1.-2. beschrieben soll für Rollstuhl-Begleithunde, Diabetiker-
12 Warnhunde, Epilepsiehunde und andere Assistenzhunde geprüft und ggf. umgesetzt
13 werden.

14 Begründung:

15 Auch wenn noch keine wissenschaftlich fundierten Kenntnisse darüber vorliegen, berichten
16 AutistInnen häufig, dass ihre Begleithunde einen positiven Effekt auf ihr Wohlbefinden und
17 den reibungslosen Alltagsablauf haben.

18 Ina Wilhelm aus Freiburg beispielsweise ist Asperger-Autistin und berichtet in ihrer Online-
19 Petition (die erfolgreich war), dass sie dank ihres speziell geschulten Autismusbegleithundes
20 Abayomi sogar weniger Medikamente zu sich nehmen muss, da schon die Anwesenheit des
21 Hundes beruhigend auf sie wirkt. Der Hund hat vor allem die Fähigkeit, einzugreifen, wenn
22 Ina in Stress gerät und ihr Cortisolwert steigt. Die Hündin kann das riechen und wirkt durch
23 "Pfote auflegen" dem Stress entgegen und beschützt Ina dadurch. Abayomi ist jedoch bereits
24 alt und kann nur noch wenige Jahre "ihren Dienst erfüllen".

25 Die Ausbildung von Autismusbegleithunden ist teuer (ca. 25.000 €) und keine Krankenkasse
26 bezahlt den PatientInnen den Hund. "Die Voraussetzungen zur Gewährung einer Leistung
27 liegen vor, wenn eine Leistung dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen
28 Erkenntnisse entspricht, notwendig und wirksam ist und zugleich wirtschaftlich erbracht
29 werden kann."* Da der wissenschaftliche Beweis dafür noch nicht vorliegt, fallen
30 Autismusbegleithunde nicht in den Leistungskatalog der Krankenkassen (im Gegensatz zu
31 Blindenhunden).

32 Für uns Jusos sollte jedoch nicht der finanzielle Aspekt im Vordergrund stehen, sondern die
33 Tatsache, dass es den Menschen besser geht und dass sie ohne Einschränkungen am
34 öffentlichen Leben teilhaben können, ohne sich in Finanznöte zu begeben.

1 Der Einzelfall "Ina Wilhelm" ist mittlerweile gelöst, da der Verein "Beschützerinstinkte e.V."
2 die Kosten für die Ausbildung übernimmt, jedoch sind in Deutschland viele weitere
3 Menschen in der gleichen Lage, denen wir durchaus helfen können. So zum Beispiel auch
4 PatientInnen, die Rollstuhl-Begleithunde, Diabetiker-Warnhunde, Epilepsiehunde und
5 andere Anzegehunde in Anspruch nehmen (müssen).

6 *§33 SGB V

7 **S8 - Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen - VW Flugzeugflotte in Deutschland**
8 **registrieren!**

9 AntragsstellerInnen: Jusos Hannover-Südost

10 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover beschließt:

13

14 Die Jusos Region Hannover fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD MitgliederInnen
15 der niedersächsischen Landesregierung auf, ...

16

17 sich dafür einzusetzen, dass die momentan aus acht Flugzeugen bestehende auf den Cayman
18 Islands registrierte und auf dem Braunschweiger Flughafen beheimatete Flugzeugflotte in
19 Deutschland registriert wird und nach Deutschem Recht und den hier gültigen Vorschriften
20 betrieben wird.

Begründung:

21 Der VW Konzern betreibt mit Stand November 2013 eine aus acht Flugzeugen bestehende
22 eigene Flotte. Diese ist auf den Cayman Islands registriert und wird nach Deutschland
23 verliehen, die dadurch entstehenden „Kosten“ werden in Deutschland als Ausgaben
24 vermerkt und in der Karibik müssen dafür keine Steuern gezahlt werden. Diese Modelle sind
25 grundsätzlich zu verurteilen und sollten bei Firmen welche sich teilweise im Besitz der
26 öffentlichen Hand befinden überdacht und schnellstmöglich abgebaut werden.

1 **Antragsbereich Umwelt und VerbraucherInnenschutz**

U1 - Lichtreduktion

2 Weiterleitungen: SPD-Fraktionen in den Kommunen der Region Hannover

3 Die Kommunen der Region Hannover sollen sich, um Energie und Geld einzusparen, am
4 „Augsburger Modell“ orientieren und so Lichtimmissionen durch die Straßenbeleuchtung
5 und an Gebäuden reduzieren.

6 Hierbei muss aber, insbesondere bei nächtlichen Beleuchtungen von Straßen, die Sicherheit
7 von Frauen und die Sicherheit des Straßenverkehrs, sowie die Sicherheit aller Menschen
8 gewährleistet werden.

9 Begründung:

10 Wir werden die Energiewende nicht schaffen, wenn wir nicht mindestens die Hälfte der
11 Energie einsparen, die wir derzeit verbrauchen. Zudem besteht hier ein Einsparungspotential
12 für die ohnehin schon stark belasteten Haushalte der Kommunen.

13 Die Stadt Augsburg geht in Sachen Lichtreduktion mit gutem Beispiel voran und fährt nach
14 Mitternacht die Beleuchtung von Straßen und Gebäuden zurück. Außerdem wurde die
15 Straßenbeleuchtung auf moderne, energiesparende Leuchtmittel (z.B. LEDs) umgestellt.
16 Dadurch spart die Stadt eine Viertel Million im Jahr ein. Das können wir in der Region
17 Hannover auch schaffen, denn es liegt nahe, dass das Einsparpotential in der Region noch
18 deutlich höher liegt.

19 Die nächtliche Beleuchtung in der Stadt ist abgesehen davon für die Gesundheit der
20 AnwohnerInnen schädlich.

21